

# *EU-Beilage*

Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 Z 4 BHG 2013

Mai 2014

---



# Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	<b>50</b>
<b>2. Rechtliche Grundlagen des EU-Haushalts</b>	<b>51</b>
2.1 Eigenmittelsystem	51
2.2 Mehrjähriger Finanzrahmen	52
2.3 Haushaltsverfahren	53
2.4 Entlastungsverfahren	54
<b>3. EU-Gebahrung im österreichischen Bundeshaushalt</b>	<b>55</b>
3.1 Darstellung des österreichischen EU-Beitrags	55
3.2 Darstellung der Rückflüsse aus dem EU-Haushalt	55
<b>4. Budgetpolitische Rahmenbedingungen</b>	<b>56</b>
4.1 Finanzperiode 2007-2013	56
4.2 EU-Haushalt 2013	59
4.3 Finanzperiode 2014-2020	60
4.4 EU-Haushalt 2014	65
<b>5. Rückflüsse aus dem EU-Haushalt nach Österreich</b>	<b>67</b>
5.1 Strukturfonds (EFRE, ESF)	69
5.2 Landwirtschaft	74
<b>6. Nettoposition</b>	<b>77</b>
<b>7. Tabellenteil</b>	<b>79</b>
<b>8. Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>85</b>

# 1. Einleitung

Im Rahmen der Mitgliedschaft bei der Europäischen Union (EU) ist Österreich auch in den Gesamthaushalt der EU eingebunden. Die EU ist eine supranationale Einrichtung („Staatenverbund“) mit spezifischen Aufgaben, die sich von jenen der Nationalstaaten deutlich unterscheiden. Basis der Beziehungen der Mitgliedstaaten zur EU sind der Vertrag über die Europäische Union (EUV) bzw. der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie die davon abgeleiteten Regelungen, die von den EU-Organen Rat, Europäisches Parlament (EP) und Europäische Kommission (EK) erlassen werden. Zu den wichtigsten budgetär relevanten Aufgaben zählt die Förderung der Landwirtschaft sowie der Regionen mit einem geringeren wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Darüber hinaus werden weitere wichtige Politikbereiche in den EU-Staaten (insbesondere Forschung, Verkehr, Bildung) gefördert und Leistungen für Drittstaaten erbracht, etwa Unterstützungen für Nachbarstaaten der EU, Entwicklungszusammenarbeit und Vorbeitrittshilfen für Beitrittskandidaten. Das Gesamtvolumen des EU-Haushaltes wird sich 2014 auf rund 136 Mrd. € (Zahlungsermächtigungen/ZE) belaufen, das entspricht ungefähr 1 % der Gesamtwirtschaftsleistung der EU (Bruttonationaleinkommen/BNE). Der EU-Haushalt ist damit im Vergleich zu den nationalen Haushalten der Mitgliedstaaten (mit Haushaltsvolumina zwischen 30 % und 60 % des BNE) ein relativ kleiner Haushalt. Die Finanzierung des EU-Haushalts erfolgt hauptsächlich durch die Mitgliedstaaten. Daneben tragen auch die Einnahmen aus gemeinschaftlichen Abgaben (insbesondere Zöllen) zur Finanzierung des EU-Haushalts bei. Die Beitragsleistungen der Mitgliedstaaten orientieren sich im Wesentlichen an deren Wirtschaftskraft. Der Anteil Österreichs an der Finanzierung des EU-Gesamthaushalts bewegt sich seit Jahren zwischen 2 % und 2,5 %. Für den EU-Haushalt gilt der Grundsatz des Haushaltsausgleichs, bei der Beschlussfassung über das jährliche Budget müssen die Ausgaben und Einnahmen gleich hoch veranschlagt werden.

## 2. Rechtliche Grundlagen des EU-Haushalts

### 2.1 Eigenmittelsystem

Die EU finanziert ihren Gesamthaushalt gemäß Art. 311 AEUV im Wesentlichen durch sogenannte Eigenmittel. Sie werden von den Mitgliedstaaten eingehoben und für den EU-Haushalt bereitgestellt. Die Bestimmungen über die Finanzierung des EU-Haushalts sind im Eigenmittelbeschluss (EMB)<sup>1</sup> sowie in der dazugehörigen Durchführungsverordnung<sup>2</sup> geregelt.

Der EMB gilt unbefristet, eine Änderung bedarf der Einstimmigkeit im Rat nach Anhörung des EP und der Ratifikation durch sämtliche Mitgliedstaaten. Das Eigenmittelsystem legt damit langfristig die Regeln für die Zurverfügungstellung der Finanzmittel fest. Das bedeutet, dass die Union jährlich über Finanzmittel in der zur Finanzierung des Jahreshaushalts erforderlichen Höhe verfügt, ohne dass es dazu besonderer Entscheidungen der Mitgliedstaaten bedürfte. Zugleich ist der EU-Haushalt grundsätzlich ausgeglichen.

Folgende Eigenmittel legt der EMB fest:

- Traditionelle Eigenmittel (TEM): Abgaben, die direkt an den Außengrenzen der EU eingehoben werden und Abgaben, die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind (Zölle und Zuckerabgaben). Die Einhebung der Abgaben und deren Abführung an die EK obliegt den Mitgliedstaaten. Diese behalten davon einen bestimmten Prozentsatz für die Erhebung ein.
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel: werden durch Anwendung eines prozentuellen Abrufsatzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften harmonisierte Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage der Mitgliedstaaten errechnet.
- BNE-Eigenmittel: Restgröße; wird durch Anwendung eines einheitlichen Abrufsatzes auf das nationale BNE ermittelt.

Etwa zwei Drittel des EU-Haushalts werden über die BNE-Eigenmittel finanziert, die beiden anderen Eigenmittelquellen tragen seit einigen Jahren jeweils weniger als 15 % bei. Der Finanzierungsbedarf an Eigenmitteln wird durch den sich im Vollzug ergebenden Haushaltsüberschuss aus dem Vorjahr reduziert, weiters durch sonstige Einnahmen wie Kostenbeiträge, Strafgeelder, Vermögenserträge, Verzugszinsen, Einnahmen aus Anleihe- und Darlehensoperationen usw.

Im Gegensatz zum nationalen Haushalt darf der EU-Haushalt grundsätzlich nicht über Verschuldung finanziert werden. Er ist ein Ausgabenhaushalt, d. h. die Einnahmen richten sich nach den Ausgaben. Der EMB legt eine verbindliche Obergrenze von derzeit 1,23 % (ZE) des BNE der EU fest, die nicht überschritten werden kann.

Um in den EU-Verträgen festgelegte Ziele zu verwirklichen, bestehen allerdings Instrumente, die es der EU gestatten, auf den Finanzmärkten Anleihen aufzunehmen und deren Erlös in Form von Darlehen weiterzugeben. Zu diesen Instrumenten zählen die Makrofinanzhilfe an Drittländer mit kurzfristigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und die Unterstützungsfazilität für Nicht-Euro-Länder mit akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten.<sup>3</sup> 2010 wurde für Euro-Länder der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) ins Leben gerufen.<sup>4</sup> Die EU tritt in diesen Fällen als Mittler zwischen Kapitalmarkt und Mitgliedstaat auf, wobei ihr nur dann Kosten ent-

<sup>1</sup> Beschluss des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (2007/436/EG, Euratom).

<sup>2</sup> Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 94/728/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften, in der Fassung vom 26. Jänner 2009.

<sup>3</sup> Verordnung (EG) Nr. 332/2002 des Rates vom 18. Februar 2002 zur Einführung einer Fazilität des mittelfristigen finanziellen Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten.

<sup>4</sup> Verordnung Nr. 407/2010 des Rates vom 11. Mai 2010 zur Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus.

stehen, wenn der unterstützte Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen als Schuldner nicht mehr nachkommen kann. Dies war bisher noch nie der Fall. Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) berühren den EU-Haushalt im Gegensatz zu den beiden oben beschriebenen Instrumenten nicht. Die EK berichtet laufend über ihre Anleihe- und Darlehenstätigkeiten.<sup>5</sup>

Eine Besonderheit im System der Eigenmittel ist der Korrekturmechanismus zugunsten des Vereinigten Königreichs (UK-Rabatt). Er wurde 1984 beim Europäischen Rat von Fontainebleau vereinbart. Anlass für die Diskussion waren die geringen Rückflüsse aus dem Agrartopf und der im Vergleich zur unterentwickelten Wirtschaftskraft hohe Finanzierungsbeitrag des Vereinigten Königreichs.

Der UK-Rabatt kommt dann zur Anwendung, wenn der Anteil des Vereinigten Königreichs an den zurechenbaren EU-Gesamtausgaben (inkl. Verwaltungskosten) kleiner ist als sein Anteil an der Summe aus den Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmitteln. Dem Vereinigten Königreich werden 66 % der Differenz zwischen seinem Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittelanteil und seinem Rückflussanteil rückerstattet. Der sich daraus ergebende Korrekturbetrag reduziert die vom Vereinigten Königreich aufzubringenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel und damit dessen Beitrag zur Finanzierung des EU-Haushalts. Die äußerst komplexe Berechnung des Korrekturbetrags wurde seit 1985 einige Male verändert und immer wieder an neue Entwicklungen angepasst. Der Rabatt für das Haushaltsjahr 2013 wurde mit rund 5,3 Mrd. € veranschlagt.

Die Finanzierung des Rabatts obliegt den übrigen Mitgliedstaaten, wobei die Nettozahler Deutschland, Schweden, Niederlande und Österreich seit dem Europäischen Rat von Berlin 1999 nur mehr ein Viertel ihres ursprünglichen Anteils zu leisten haben („Rabatt vom Rabatt“). Das Vereinigte Königreich wird von der Finanzierung des eigenen Korrekturbetrags ausgenommen.

Um exzessive negative Nettopositionen zu vermeiden, galten während der Finanzperiode 2007-2013 zusätzlich zum „Rabatt vom Rabatt“ Pauschalnachteile (jährlich 605 Mio. € für die Niederlande und 150 Mio. € für Schweden, jeweils zu Preisen von 2004) sowie begünstigte Abrufsätze bei den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln. Letztere sahen vor, dass der Abrufsatz statt der üblichen 0,30 % für Österreich lediglich 0,225 %, für Deutschland 0,15 %, für die Niederlande und Schweden jeweils 0,10 % beträgt.

Die Ergebnisse der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 betreffend das Eigenmittelsystem werden im Abschnitt 4.2.2. dargestellt. Sie werden auf Grund der erforderlichen nationalen Ratifizierungsprozesse voraussichtlich im Jahr 2016 wirksam; der Eigenmittelabschluss tritt rückwirkend ab 1.1.2014 in Kraft.

Entsprechend den Bestimmungen von Art. 9 der geltenden Durchführungsverordnung (VO 1150) zum EMB „schreibt jeder Mitgliedstaat die Eigenmittel dem Konto gut, das zu diesem Zweck für die EK bei der Haushaltsverwaltung des Mitgliedstaats oder bei der von ihm bestimmten Einrichtung eingerichtet wurde“. Das „Art. 9-Konto“ wird unentgeltlich geführt. Eine Garantie für die Bereitstellung der Mittel bietet Art. 11, demzufolge der betreffende Mitgliedstaat bei verspäteter Gutschrift Verzugszinsen zu entrichten hat.

## 2.2 Mehrjähriger Finanzrahmen

Seit 1988 werden EU-Jahreshaushalte innerhalb der Grenzen eines jeweils für mehrere Jahre vereinbarten MFR veranschlagt. Der MFR sieht jährliche Obergrenzen für die großen Ausgabenblöcke (Rubriken) zur finanziellen Ausstattung der verschiedenen Politikbereiche vor. Diese Rubrikenobergrenzen müssen von der EK bei jedem Vorschlag für den nächsten Jahreshaushalt sowie von der Haushaltsbehörde (Rat und EP gemeinsam) bei dessen Verabschiedung berücksichtigt werden. Die Anzahl der Rubriken und die Zuweisung bestimmter Politikbereiche zu diesen Rubriken sind nicht vorgegeben. Diese Fragen sind Gegenstand der Verhandlungen über jeden MFR.

<sup>5</sup> Aktuell siehe „Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Anleihe- und Darlehenstätigkeit der Europäischen Union im Jahr 2012“ (COM(2013) 752 final).

Durch die Obergrenzen wird pro Jahr der maximale Gesamtbetrag (Summe der Obergrenzen für die einzelnen Rubriken) für Verpflichtungsermächtigungen (VE) festgelegt sowie eine Gesamtobergrenze für Zahlungsermächtigungen (ZE) bestimmt. Nur in diesem Ausmaß dürfen von der Haushaltsbehörde rechtliche Verpflichtungen (VE) eingegangen werden, die im gleichen Jahr oder in den Folgejahren Zahlungen (ZE) erforderlich machen. Für jede einzelne Haushaltslinie wird im Jahreshaushalt ein Betrag in VE und einer in ZE beschlossen.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ist die langjährige Praxis der Festlegung eines MFR im Wege einer (freiwilligen) Interinstitutionellen Vereinbarung (IIV) zwischen EP, Rat und EK durch die verpflichtende Verabschiedung einer Verordnung (MFR-VO) ersetzt worden.

Gemäß Art. 312 AEUV gilt:

- Der Rat erlässt einstimmig eine Verordnung zur Festlegung des MFR (MFR-VO); die Zustimmung des EP ist erforderlich.
- Der MFR enthält neben dem reinen Zahlenwerk auch alle sonstigen wesentlichen, für den reibungslosen Ablauf des jährlichen Haushaltsverfahrens sachdienlichen Bestimmungen. Zusätzliche verfahrenstechnische Bestimmungen können weiterhin in einer IIV zwischen EK, EP und Rat festgelegt werden.
- Der MFR wird für mindestens fünf Jahre erstellt.

Falls bis zum Ablauf einer Finanzperiode keine Einigung auf einen neuen MFR erzielt wird, gelten die Obergrenzen und Bestimmungen des letzten Jahres des auslaufenden MFR.

## 2.3 Haushaltsverfahren

Gemäß Art. 314 AEUV stellt jedes EU-Organ vor dem 1. Juli einen Haushaltsvoranschlag auf. Die EK fasst diese Voranschläge zu einem Haushaltsentwurf zusammen, der dem Rat und dem EP spätestens am 1. September vorgelegt wird. Der Rat legt seinen Standpunkt zum Entwurf des Haushaltsplans fest und leitet ihn – gegebenenfalls mit Änderungen – spätestens am 1. Oktober dem EP zu. Er unterrichtet das EP auch über die Gründe seines Standpunkts. In der Praxis legt die EK gemäß einem pragmatischen Kalender ihren Haushaltsentwurf Anfang Mai und der Rat seinen Standpunkt im Juli fest, sodass das EP sofort nach der Sommerpause den EK-Entwurf und den Ratsstandpunkt diskutieren kann.

Binnen 42 Tagen nach der Übermittlung des Ratsstandpunkts kann das EP den Haushaltsplan in seiner Lesung im Oktober erlassen oder den Entwurf mit seinen Abänderungen an den Rat zurückverweisen. Der Rat kann diese Änderungen binnen weiterer zehn Tage annehmen, der Haushaltsplan ist somit erlassen.

Wenn der Rat hingegen die Änderungen des EP ablehnt, wird ein Vermittlungsausschuss einberufen, was in der Praxis der Normalfall ist. Der Vermittlungsausschuss besteht aus allen Mitgliedern des Rates und ebenso vielen Vertretern des EP. Der Vermittlungsausschuss hat die Aufgabe, innerhalb von 21 Tagen eine Einigung über einen gemeinsamen Entwurf zu erzielen.

Einigt sich der Vermittlungsausschuss Anfang November auf einen gemeinsamen Entwurf, so verfügen der Rat und das EP über eine Frist von 14 Tagen, um diesen zu billigen oder abzulehnen. Der Haushalt gilt als angenommen, wenn beide Teile der Haushaltsbehörde dem gemeinsamen Entwurf zustimmen. Ebenso gilt der Haushalt als angenommen, wenn das EP dem gemeinsamen Entwurf zustimmt, der Rat diesen aber ablehnt.

Wenn eines der beiden Organe den gemeinsamen Entwurf ablehnt, während das andere keinen Beschluss fasst, so gilt der Haushaltsplan als abgelehnt, und die EK muss einen neuen Entwurf für den Haushaltsplan vorgelegen. Ebenso hat die EK einen neuen Entwurf vorzulegen, wenn sich der Vermittlungsausschuss auf keinen gemeinsamen Entwurf einigen konnte bzw. wenn der Rat dem gemeinsamen Entwurf zwar zugestimmt hat, aber

dieser vom EP abgelehnt wurde; daher gibt es (seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon) keine Annahme des EU-Haushalts gegen den Willen des EP.

Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres der Haushaltsplan noch nicht endgültig erlassen, dürfen die monatlichen Ausgaben ein Zwölftel der im vorangegangenen Haushaltsjahr eingesetzten Mittel nicht übersteigen.

Ähnliche Verfahren gelten für die Annahme von Berichtigungsschreiben zum Haushaltsentwurf und von Berichtigungshaushaltsplänen zum laufenden Haushaltsjahr.

## 2.4 Entlastungsverfahren

Die Entlastung ist jener Rechtsakt, mit dem das EP auf Empfehlung des Rates die EK von jeder weiteren Haftung im Zusammenhang mit ihrer Haushaltsführung entbindet und damit den Haushaltskreislauf schließt. Das Entlastungsverfahren wird in Art. 319 AEUV und detailliert in den Art. 164 bis 167 der EU-Haushaltsordnung<sup>6</sup> sowie in der Geschäftsordnung des EP geregelt.

### 2.4.1 Verlauf des jährlichen Entlastungsverfahrens

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) übermittelt den für die Entlastung zuständigen Behörden und den anderen Institutionen spätestens bis 15. November seinen Jahresbericht samt den Antworten der Institutionen.

Sobald der EuRH den Jahresbericht übermittelt hat, informiert die EK die betroffenen Mitgliedstaaten unverzüglich über die detaillierten Aussagen des Berichts, die sich auf die Mittelverwendung beziehen. Nach Erhalt dieser Informationen müssen die Mitgliedstaaten der EK innerhalb von 60 Tagen ihre Antworten zukommen lassen. Die EK übermittelt vor dem 28. Februar eine Zusammenfassung derselben dem EuRH, dem Rat und dem EP.

Das EP kann die EK auffordern, Auskunft über die Abwicklung der Ausgaben und die Arbeitsweise der Finanzkontrollsysteme zu erteilen. Nach Anhörung der EK und Bewertung der vorgelegten Informationen sowie nach einer mit qualifizierter Mehrheit beschlossenen Empfehlung des Rates entlastet das EP die EK hinsichtlich des Haushaltsvollzugs eines Jahres vor dem 15. Mai des übernächsten Jahres ( $n + 2$ ).

### 2.4.2 Aufschub oder Verweigerung der Entlastung

Das EP hat die politische Komponente der Entlastung nach und nach ausgebaut und sie dazu benutzt, sich immer größeren Einfluss auf die Art und Weise zu verschaffen, wie die EK die ihr übertragenen Befugnisse und Aufgaben wahrnimmt:

- **Aufschub der Entlastung:** Stellt das EP bei der Vorbereitung der Aussprache über die Entlastung (oder der Rat bei seinen Beratungen im Hinblick auf eine Entlastungsempfehlung) Unklarheiten fest, so vertagt es den Entlastungsbeschluss und teilt der EK die Gründe dafür mit.
- **Verweigerung der Entlastung:** Die Verweigerung der Entlastung ist weder im Primärrecht, noch in der Haushaltsordnung festgeschrieben. Diese Fragen sind nur in den Art. 3 und 5 des Anhangs V zur Geschäftsordnung des EP geregelt.

Das EP verweigert die Entlastung nur in Ausnahmefällen. Bislang kam es zweimal zu einer Weigerung, der EK die Entlastung für ihre Haushaltsführung zu erteilen: 1984 für das Haushaltsjahr 1982 und 1998 für das Haushaltsjahr 1996. Die Entlastung für 1982 wurde nachträglich doch noch erteilt. Die Nicht-Entlastung für 1996 führte hingegen zum Rücktritt der EK, die damit einem sich abzeichnenden Misstrauensantrag des EP zuvorkam.

<sup>6</sup> Verordnung (EU, EURATOM) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012.



## 3. EU-Gebarung im österreichischen Bundeshaushalt

### 3.1 Darstellung des österreichischen EU-Beitrags

In Österreich erfolgt die Darstellung des „Art. 9-Kontos“ (siehe Abschnitt 2.1 „Eigenmittelsystem“) im Rahmen der Bundeshaushaltsverrechnung. Die zur Finanzierung des EU-Haushalts bestimmten Leistungen, also die EU-Beiträge, werden gemäß § 29 Abs. 4 des BHG 2013 als „Verminderung der Erträge und Einzahlungen (Ab-Überweisungen) an öffentlichen Abgaben“<sup>7</sup> dargestellt, da diese Mittel der Verfügung durch innerstaatliche Organe – dies betrifft insbesondere den Nationalrat als Budgetautorität des Bundes – entzogen sind.

Haushaltswirksame Auszahlungen (negative Einzahlungen) ergeben sich erst, wenn die EK Mittel gemäß Art. 12 der Durchführungsverordnung zum EMB abrufen. Die laufenden Überweisungen erfolgen nach Maßgabe des jeweiligen Liquiditätsbedarfs der EK.

Gemäß Finanzausgleichsgesetz 2008 (§ 9 Abs. 2 Z 2 und Abs. 3) beteiligen sich Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EU-Beitragsleistungen. Für 2013 sind Beiträge der Länder in Höhe von rund 718 Mio. € und der Gemeinden in Höhe von rund 117 Mio. € ausgewiesen (der Bund steuert 2.137 Mio. € bei). Der Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden zum Ausdruck.

### 3.2 Darstellung der Rückflüsse aus dem EU-Haushalt

Im österreichischen Bundeshaushalt sind alle Rückflüsse berücksichtigt, welche gemäß den Vorgaben der EU die Verantwortlichkeit des Bundes berühren. Der Großteil entfällt auf Strukturfonds und Landwirtschaft.

Die Verrechnung der EU-Rückflüsse erfolgt bei jenen zuständigen Ressorts, die die Funktionen der Bescheinigungsbehörde übernehmen. Das BMASK ist Bescheinigungsbehörde für den Europäischen Sozialfonds (ESF), das BKA ist zuständig für den Europäischen Regionalfonds (ERDF) und das BMLFUW übernimmt die Agenden für die Zahlungen (Förderungen) aus dem Agrarbereich. Diese Ressorts bestätigen die Ausgaben-erklärungen und stellen die Zahlungsanträge an die EK. Die EK prüft diese und überweist die Beträge nach Österreich. Über diese vom Bundesministerium für Finanzen vereinnahmten Gelder werden die Ressorts anschließend verständigt.

Die EU-Rückflüsse werden überwiegend, aber nicht vollständig im Bundeshaushalt veranschlagt und verrechnet. Der Großteil der Rückflüsse der Teilrubrik 1a („Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“) fließt nicht an die Budgets der Mitgliedstaaten, sondern in den meisten Fällen direkt an Forschungsinstitute, Energieunternehmen, Studierende usw. Die auf Österreich entfallenden Rückflussanteile aus dem Programm Europäische Territoriale Zusammenarbeit (innerhalb der Teilrubrik 1b, „wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt“) werden nicht über das nationale Budget vereinnahmt. Auch im Bereich der Verwaltungsausgaben fließen nur geringe Beträge über den Bundeshaushalt (hauptsächlich Kostenersatz für Dienstreisen). Die über den Bundeshaushalt abgewickelten Rückflüsse aus der Rubrik 3 des EU-Haushalts („Sicherheit und Unionsbürgerschaft“) sind vorwiegend dem Bundesministerium für Inneres zuzurechnen, die restlichen rechnet die EK größtenteils direkt mit nicht-öffentlichen Empfängern ab. Die EK veröffentlicht Globalbeträge je Mitgliedstaat in ihrem jährlichen Finanzbericht.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Die mit Inkrafttreten des BHG 2013 am 1. Jänner 2013 abgelöste alte Nomenklatur sah den Begriff „Verminderung der Einnahmen an öffentlichen Abgaben“ vor.

<sup>8</sup> Aktuell „EU Budget 2012 Financial Report“, veröffentlicht am 26. November 2013 (siehe [http://ec.europa.eu/budget/financialreport/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/budget/financialreport/index_en.html)).

## 4. Budgetpolitische Rahmenbedingungen

### 4.1 Finanzperiode 2007-2013

Der MFR 2007-2013 wurde schon vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon verabschiedet und noch nicht per Verordnung, sondern in einer umfassenden IIV<sup>9</sup> geregelt. Er entfaltet seine Wirkung über 2013 hinaus, da bis Ende 2013 verpflichtete Mittel (VE) auch noch später Zahlungen (ZE) nach sich ziehen können. Um auf unvorhergesehene Situationen reagieren zu können, kann der MFR unter der Voraussetzung geändert werden, dass die Eigenmittelobergrenze nicht überschritten wird.

Üblicherweise werden Verhandlungen über eine allfällige MFR-Änderung mit jenen über den nächsten Jahreshaushalt verknüpft.

Während der Laufzeit des MFR 2007-2013 kam es bei folgenden Anlässen zu MFR-Änderungen:

- **Galileo:** Zu Beginn des Jahres 2007 sorgte das Scheitern der Verhandlungen mit einem privaten Konsortium zur Finanzierung des europäischen Satellitennavigationssystems „Galileo“ durch eine öffentlich-private Partnerschaft für einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf aus dem EU-Haushalt in der Höhe von 2,4 Mrd. €. Am 18. Dezember 2007 beschlossen Rat und EP eine MFR-Änderung. 1,6 Mrd. €, die im MFR für 2007 in der Rubrik 2 („Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“) vorgesehen und nicht verbraucht worden waren, wurden für die Aufstockung der Teilrubrik 1a („Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“) ab 2008 verwendet.
- **Europäisches Konjunkturprogramm (1. Tranche):** Am 6. Mai 2009 wurde als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise der MFR geändert, um Projekte des insgesamt mit 5 Mrd. € dotierten Europäischen Konjunkturprogramms in den Bereichen Energie und Breitbandinternet sowie im Zusammenhang mit den neuen Herausforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu finanzieren. Die Obergrenze der Rubrik 1a wurde um 2 Mrd. € aufgestockt und durch eine gleichwertige Senkung der Rubrik 2 ausgeglichen.
- **Europäisches Konjunkturprogramm (2. Tranche):** Am 17. Dezember 2009 wurde der MFR zur Finanzierung der ausständigen Beträge im Energiebereich (Teilrubrik 1a) neuerlich geändert. Rund 1,8 Mrd. €, die für verschiedene Rubriken – der Großteil wieder für Rubrik 2 – für 2009 im MFR vorgesehen und nicht verbraucht worden waren, wurden für die Aufstockung der Teilrubrik 1a umgewidmet.
- **ITER:** Aufgrund des zusätzlichen Finanzbedarfs für das Fusionsreaktorprojekt ITER wurde am 13. Dezember 2011 beschlossen, die Obergrenze der Rubrik 1a um 840 Mio. € zu erhöhen. Diese Aufstockung wurde durch eine Reduktion der Obergrenzen der Rubriken 2 und 5 („Verwaltung“) ausgeglichen, wobei in Rubrik 2 neuerlich lediglich Mittel betroffen waren, die für das auslaufende Haushaltsjahr vorgesehen und nicht verbraucht worden waren.
- **Beitritt Kroatiens:** Der Mehrbedarf von 603 Mio. € (davon 450 Mio. € in der Teilrubrik 1b, „Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung“), den der Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 verursachte, wurde vollständig durch eine Reduktion der Obergrenzen der Rubrik 5 („Verwaltung“) kompensiert.

<sup>9</sup> Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission vom 17. Mai 2006 über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung in der Fassung vom 22.07.2013 (2013/419/EU).

Die Finanzierung der Nahrungsmittelfazilität konnten Rat und EP ohne die von der EK vorgeschlagene MFR-Änderung bewerkstelligen. Allerdings wurde die IIV am 18. Dezember 2008 geändert, um die Finanzierung für die Nahrungsmittelfazilität teilweise durch eine Aufstockung der Soforthilfereserve auf rund 479 Mio. € für 2009 zu ermöglichen. Die Nahrungsmittelfazilität sollte Entwicklungsländern helfen, die Auswirkungen der rasanten Erhöhung der Nahrungsmittelpreise abzumildern.

### Finanzrahmen 2007-2013 - Verpflichtungsermächtigungen

in Mio. €, zu Preisen 2004

	in Mio. €	Anteil in %
<b>R.1 Nachhaltiges Wachstum</b>	<b>388.953</b>	<b>45,0</b>
R.1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	79.692	9,2
R.1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung	309.261	35,8
<b>R.2 Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen</b>	<b>366.229</b>	<b>42,3</b>
davon: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	293.105	33,9
<b>R.3 Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht</b>	<b>10.791</b>	<b>1,2</b>
R.3a Freiheit, Sicherheit und Recht	6.625	0,8
R.3b Unionsbürgerschaft	4.166	0,5
<b>R.4 die EU als globaler Akteur</b>	<b>49.463</b>	<b>5,7</b>
<b>R.5 Verwaltung</b>	<b>48.690</b>	<b>5,6</b>
<b>R.6 Ausgleichszahlungen</b>	<b>863</b>	<b>0,1</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen insgesamt</b>	<b>864.989</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Beschluss 2013/419/EU vom 22.7.2013

**Finanzrahmen 2007-2013**  
in Mio. €, zu laufenden Preisen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamtbetrag für 2007-2013
<b>R.1 Nachhaltiges Wachstum</b>	<b>53.979</b>	<b>57.653</b>	<b>61.696</b>	<b>63.555</b>	<b>63.974</b>	<b>67.614</b>	<b>70.644</b>	<b>439.115</b>
R.1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	8.918	10.386	13.269	14.167	12.987	14.853	15.670	90.250
R.1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung	45.061	47.267	48.427	49.388	50.987	52.761	54.974	348.865
<b>R.2 Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen</b>	<b>55.143</b>	<b>59.193</b>	<b>56.333</b>	<b>59.955</b>	<b>59.888</b>	<b>60.810</b>	<b>61.289</b>	<b>412.611</b>
davon: marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	45.759	46.217	46.679	47.146	47.617	48.093	48.574	330.085
<b>R.3 Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht</b>	<b>1.273</b>	<b>1.362</b>	<b>1.518</b>	<b>1.693</b>	<b>1.889</b>	<b>2.105</b>	<b>2.407</b>	<b>12.247</b>
R.3a Freiheit, Sicherheit und Recht	637	747	867	1.025	1.206	1.406	1.661	7.549
R.3b Unionsbürgerschaft	636	615	651	668	683	699	746	4.698
<b>R.4 Die EU als globaler Akteur</b>	<b>6.578</b>	<b>7.002</b>	<b>7.440</b>	<b>7.893</b>	<b>8.430</b>	<b>8.997</b>	<b>9.595</b>	<b>55.935</b>
<b>R.5 Verwaltung <sup>*)</sup></b>	<b>7.039</b>	<b>7.380</b>	<b>7.525</b>	<b>7.882</b>	<b>8.091</b>	<b>8.523</b>	<b>8.492</b>	<b>54.932</b>
<b>R.6 Ausgleichszahlungen</b>	<b>445</b>	<b>207</b>	<b>210</b>				<b>75</b>	<b>937</b>
<b>Verpflichtungsmittel insgesamt</b>	<b>124.457</b>	<b>132.797</b>	<b>134.722</b>	<b>140.978</b>	<b>142.272</b>	<b>148.049</b>	<b>152.502</b>	<b>975.777</b>
<b>in BNE %</b>	<b>1,02%</b>	<b>1,08%</b>	<b>1,16%</b>	<b>1,18%</b>	<b>1,15%</b>	<b>1,13%</b>	<b>1,15%</b>	<b>1,12%</b>
<b>Zahlungsmittel insgesamt</b>	<b>122.190</b>	<b>129.681</b>	<b>120.445</b>	<b>134.289</b>	<b>133.700</b>	<b>141.360</b>	<b>144.285</b>	<b>925.950</b>
<b>in BNE %</b>	<b>1,00%</b>	<b>1,05%</b>	<b>1,04%</b>	<b>1,12%</b>	<b>1,08%</b>	<b>1,08%</b>	<b>1,08%</b>	<b>1,06%</b>

Quelle: COM(2013) 157 final vom 19.3.2013; Zahlen für 2013: Beschluss 2013/419/EU vom 22.7.2013; BMF-Berechnungen

<sup>\*)</sup> Die bei der Obergrenze dieser Rubrik berücksichtigten Ausgaben für die Ruhegehälter werden ohne die Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung (maximal 500 Mio. € für den Zeitraum 2007-2013 zu Preisen 2004) angesetzt.

## 4.2 EU-Haushalt 2013

### 4.2.1 Verabschiedeter EU-Haushalt 2013

Der Haushalt 2013 wurde im Dezember 2012 von EP und Rat beschlossen. Gegenüber dem Haushalt 2012 stiegen die im EU-Haushalt 2013 veranschlagten VE um 1,7 % auf 150,9 Mrd. €. In dieser Höhe konnte die EU im Jahr 2013 Verpflichtungen eingehen, die im selben Jahr und in den Folgejahren auszus zahlen waren bzw. sind. Dieses VE-Niveau entspricht 1,13 % des BNE der EU. Die vorgesehenen ZE – also die Mittel, die 2013 auszus zahlen und damit in diesem Jahr zu finanzieren waren – sanken um 2,2 % auf 132,8 Mrd. € (0,99 % des EU-BNE).

#### verabschiedeter EU-Haushalt 2013

in Mio. €, zu laufenden Preisen

Ausgabenrubrik	Verpflichtungs- ermächtigungen	Zahlungs- ermächtigungen
<b>R.1 Nachhaltiges Wachstum</b>	<b>70.629,6</b>	<b>59.085,0</b>
R.1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	16.121,0	11.886,4
R.1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung	54.508,6	47.198,6
<b>R.2 Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen</b>	<b>60.149,0</b>	<b>57.484,4</b>
<b>R.3 Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht</b>	<b>2.105,9</b>	<b>1.514,6</b>
R.3a Freiheit, Sicherheit und Recht	1.398,7	876,6
R.3b Unionsbürgerschaft	707,2	638,0
<b>R.4 EU als globaler Akteur</b>	<b>9.583,1</b>	<b>6.322,6</b>
<b>R.5 Verwaltung</b>	<b>8.430,7</b>	<b>8.430,4</b>
<b>Gesamt</b>	<b>150.898,3</b>	<b>132.837,0</b>
<b>in BNE %</b>	<b>1,13%</b>	<b>0,99%</b>

Quelle: EK und EU-Abl. L66-2013

### 4.2.2 Berichtigungshaushalte 2013

Aufgrund von unvermeidlichen, außergewöhnlichen bzw. unvorhersehbaren Umständen kann die EK die Haushaltsansätze im Verlauf des Haushaltsvollzugs an den tatsächlichen Bedarf anpassen, wenn das Europäische Parlament (EP) und der Rat dem zustimmen. Im Jahr 2013 wurden neun Berichtigungshaushalte (BH) verabschiedet.

- BH 1: Deckung der Ausgaben im Zusammenhang mit dem Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli 2013. Die VE werden um 655,1 Mio. €, die ZE um 374 Mio. € erhöht.
- BH 2: Der Vorschlag der EK sah eine Aufstockung der ZE um 11,2 Mrd. € vor; damit sollte der ausstehende Bedarf an Mitteln für Zahlungen bis zum Jahresende gedeckt werden. Zusätzlich berücksichtigte der EK-Vorschlag eine Erhöhung der ursprünglichen Vorausschätzung der Einnahmen aus Geldbußen um 290 Mio. €.

Der Rat genehmigte ZE in Höhe von 7,3 Mrd. € in einer ersten Tranche; dieser Betrag wurde schwerpunktmäßig für Maßnahmen zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Menschen, verwendet.

- BH 3: Der Überschuss des Haushaltsjahres 2012 in Höhe von rund 1,023 Mrd. € wurde als Einnahme in den Haushaltsplan 2013 eingestellt.
- BH 4: Änderungen der Stellenpläne der Agentur für das Europäische Navigationssatellitensystem GNSS (GSA), der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) und des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Diese Anträge waren haushaltsneutral.
- BH 5: Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU (EUSF) in Höhe von rund 14,607 Mio. € (VE und ZE) infolge der in Slowenien, Kroatien und Österreich durch Überschwemmungen im Oktober und November 2012 verursachten Schäden.
- BH 6: Anpassung des Einnahmenteils des EH 2013 auf Basis aktualisierter Vorausschätzungen der traditionellen Eigenmittel, der Mehrwertsteuer- und BNE-basierten Eigenmittel sowie der Vorausschätzung der sonstigen Einnahmen.
- BH 7: Aufstockung der VE um 150 Mio. € für Frankreich, Italien und Spanien im Rahmen des ESF zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Armut und der sozialen Ausgrenzung gemäß Vereinbarung am Rande der Tagung des Europäischen Rates vom 27./28. Juni 2013.
- BH 8: Erhöhung der ZE um 3,94 Mrd. €, um die gemäß Beschluss über den BH 2 noch ausstehende Differenz im Rahmen einer zweiten Tranche zu finanzieren.
- BH 9: Inanspruchnahme des EUSF in Höhe von rund 400,5 Mio. € VE und 250 Mio. € ZE infolge der in Deutschland, Tschechien und Österreich durch Überschwemmungen im Mai und Juni 2013, sowie in Rumänien durch Trockenheit und Waldbrände im Sommer 2012 verursachten Schäden. Die restlichen 150 Mio. (ZE) für den EUSF wurden in den EH 2014 eingestellt.

## 4.3 Finanzperiode 2014-2020

Im Juni 2011 legte die EK ihren Vorschlag für den MFR 2014–2020 vor. Beim Europäischen Rat im Februar 2013 nahmen die Mitgliedstaaten dazu Stellung, endgültig wurde der neue MFR am 2. Dezember 2013 verabschiedet. Die in diesem Abschnitt genannten Beträge beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf konstante Preise von 2011.

### 4.3.1 Ausgabenseitige Einigung des Europäischen Rates zum MFR 2014-2020

Mit der vom Europäischen Rat erzielten Einigung wird die maximale Ausgabenobergrenze für die Europäische Union mit 28 Mitgliedstaaten mit rund 960 Mrd. € (VE) festgelegt, was 1,00 % des BNE der EU entspricht. Somit sinkt die Gesamtobergrenze für Ausgaben gegenüber dem laufenden MFR (2007-2013) real um 3,5 %. Nominell, d.h. in laufenden Preisen, steigt sie um 11 %. Die reale Kürzung soll im Einklang mit der Haushaltskonsolidierung auf nationaler Ebene stehen. Die Obergrenze für die gesamten ZE wurde mit rund 908 Mrd. € festgesetzt.

Trotz der Kürzung der Gesamtobergrenze für Ausgaben um 34,4 Mrd. € (VE) bzw. 35,2 Mrd. € (ZE) gegenüber dem EK-Vorschlag einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine erhebliche Aufstockung der Finanzmittel für zukunftsorientierte Ausgaben, um das Wachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Dies betrifft Bereiche wie Forschung, Innovation und Bildung. So belaufen sich die Ausgaben für die Teilrubrik 1a („Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“) auf 125,6 Mrd. €, was einer realen Aufstockung um mehr als 37 % gegenüber dem MFR 2007-2013 entspricht. Zudem wurden die Mittel für das EU-Forschungsprogramm „Horizont 2020“ und das Programm „Erasmus für alle“ real erhöht. Auch wurde eine Fazilität „Connecting

Europe“ geschaffen. Dieses Instrument dient der Überbrückung fehlender Infrastrukturverbindungen in den Bereichen Energie, Verkehrs- und Informationstechnologie und ist mit 29,3 Mrd. € veranschlagt.

Der Europäische Rat bekräftigte seine Absicht, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen der EU zu verringern, indem er die Ausgabenobergrenze der Teilrubrik 1b („wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt“) mit 325,2 Mrd. € festsetzte. Ein konkretes Beispiel für die Solidarität des Europäischen Rates ist die Tatsache, dass die ärmeren Mitgliedstaaten einen größeren Teil der gesamten für die Kohäsionspolitik zur Verfügung stehenden Mittel erhalten werden als dies beim MFR 2007-2013 der Fall war. Unter derselben Teilrubrik wurde eine Beschäftigungsinitiative für Jugendliche mit einer Mittelausstattung von 6 Mrd. € geschaffen. Sie wird zu gleichen Teilen aus dem ESF und über eine neue Haushaltslinie finanziert. Die Nahrungsmittelhilfe für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in der EU ist auf eine nachhaltige Grundlage gestellt worden; hierfür wurden 2,5 Mrd. € zugewiesen.

Für die Rubrik 2 („Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen“) setzte der Europäische Rat die Ausgabenobergrenze mit 373,2 Mrd. € fest. Er einigte sich zudem auf einige Leitpunkte für die nächste agrarpolitische Reform, die „grüner“ und gerechter werden soll: 30 % der Direktzahlungen werden an Ökologisierungsaufgaben geknüpft. So soll die GAP einen angemessenen Beitrag zum Erreichen der EU-Ziele im Bereich der Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen leisten. Die Direktzahlungen werden gerechter auf die Mitgliedstaaten verteilt. Alle Mitgliedstaaten, bei denen die Höhe der Direktzahlungen derzeit weniger als 90 % des EU-Durchschnitts beträgt, werden diese Lücke bis 2020 um ein Drittel verringern.

Für die Rubrik 3 („Sicherheit und Unionsbürgerschaft“) einigte sich der Europäische Rat auf eine Ausgabenobergrenze von 15,7 Mrd. €. Diese Rubrik umfasst insbesondere Maßnahmen in Bezug auf Asyl und Migration sowie Initiativen in den Bereichen Außengrenzen und innere Sicherheit.

Im Zusammenhang mit der Rubrik 4 („Europa in der Welt“) stellte der Europäische Rat seine Entschlossenheit unter Beweis, die aktive Rolle der EU auf der internationalen Bühne weiterzuentwickeln. Die Ausgabenobergrenze für diese Rubrik wurde mit 58,7 Mrd. € festgesetzt.

Die Einigung zur Rubrik 5 („Verwaltung“) spiegelt die Anstrengungen der Mitgliedstaaten im Bereich der Konsolidierung ihrer eigenen Haushalte wider. Die Ausgabenobergrenze beträgt 61,6 Mrd. €. Das Personal der EU-Organe wird um 5 % reduziert; dieser Personalabbau wird durch eine Erhöhung der Arbeitszeit ohne Gehaltsanpassung ausgeglichen. Zudem werden die Dienst- und Versorgungsbezüge der EU-Beamten für zwei Jahre eingefroren, und die Solidaritätsabgabe wird von 5,5 % auf zumindest 6 % erhöht.

Darüber hinaus einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf eine Ausgabenobergrenze von 27 Mio. € im Rahmen der Rubrik 6 („Ausgleichszahlungen“). Damit soll sichergestellt werden, dass Kroatien in den ersten Jahren nach seinem Beitritt zur EU nicht zum Nettozahler wird.

Folgende vier Instrumente, welche nur in besonderen Bedarfsfällen in Anspruch genommen werden, werden auch in der nächsten Finanzperiode außerhalb des MFR finanziert:

- **Soforthilfereserve:** Sie dient zur Finanzierung von humanitären Einsätzen sowie zivilen Krisenbewältigungs- und Katastrophenschutzmaßnahmen in Drittstaaten bei unvorhergesehenen Ereignissen. Hierfür sind rund 2 Mrd. € für 2014-2020 vereinbart worden.
- **Flexibilitätsinstrument:** Es dient der Finanzierung genau definierter Ausgaben, die nicht innerhalb der MFR-Obergrenze getätigt werden können. Hierfür ist die höchstmögliche Mittelausstattung mit rund 3,3 Mrd. € festgesetzt worden.
- **Europäischer Solidaritätsfonds (EUSF):** Er dient dazu, bei einer Katastrophe in einem Mitgliedstaat oder einem Bewerberland rasch finanzielle Hilfe zu leisten. Die im nächsten MFR zu veranschlagende Mittelausstattung ist mit höchstens rund 3,5 Mrd. € festgesetzt worden.
- **Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF):** Er dient dazu, Arbeitnehmer, die aufgrund größerer Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge arbeitslos geworden sind, bei der Reintegration ins Arbeitsleben zu unterstützen. Im neuen MFR sind dafür Mittel in Höhe von bis zu 1,05 Mrd. € vorgesehen.



#### 4.3.2 Einnahmenseitige Einigung des Europäischen Rates zum MFR 2014-2020

Auf der Einnahmenseite ebnete der Europäische Rat den Weg für ein einfacheres und transparenteres Eigenmittelsystem. Langfristig soll die derzeitige Mehrwertsteuer-Eigenmittelkategorie durch eine neue ersetzt werden, bei der größtmögliche Einfachheit und Transparenz gewährleistet sowie die Verknüpfung mit der Mehrwertsteuerepolitik der EU und der tatsächlich erhobenen Mehrwertsteuer verstärkt werden sollen. Die Teilnehmer der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer werden prüfen, ob diese Steuer die Grundlage für eine neue Eigenmittelkategorie werden könnte.

Der Rabatt zugunsten des Vereinigten Königreichs und die Nachlässe, die bestimmten Ländern auf ihren Anteil an der Finanzierung dieser Korrektur gewährt werden, bleiben bestehen. Ein verringerter Abrufsatz der Mehrwertsteuer-Eigenmittel von 0,15 % (anstelle von 0,30 %) wird für den Zeitraum 2014-2020 Deutschland, den Niederlanden und Schweden eingeräumt. Die jährlichen BNE-Beiträge Dänemarks, der Niederlande und Schwedens werden, ebenfalls für den Zeitraum 2014-2020, im Rahmen von Pauschalerlässen um 130 Mio. €, 695 Mio. € bzw. 185 Mio. € gesenkt. In ähnlicher Weise wird der jährliche BNE-Beitrag Österreichs im Jahr 2014 um 30 Mio. € gesenkt, im Jahr 2015 um 20 Mio. € und im Jahr 2016 um 10 Mio. €. Und schließlich werden die Mitgliedstaaten anstelle von 25 % nur 20 % der traditionellen Eigenmittel als Erhebungskosten einbehalten dürfen.

Darüber hinaus einigte sich der Europäische Rat am 27. Juni 2013 auf die Ausarbeitung einer Verordnung des Rates gemäß Art. 311 Abs. 4 AEUV zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zum EMB. Eine solche Verordnung des Rates erfordert die Zustimmung des EP.

Der EMB muss nach seiner Verabschiedung von sämtlichen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Er wird voraussichtlich im Jahr 2016 rückwirkend in Kraft treten.

#### 4.3.3 Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zum MFR 2014-2020

Das EP gab in seiner Entschließung vom März 2013 seinen Standpunkt zur ratsinternen Einigung bekannt. Am 3. Juli 2013 erzielten das EP, der Rat und die EK nach intensiven Verhandlungen eine politische Einigung, welche das EP später in einer Entschließung billigte.

Die Vereinbarung umfasst folgende Elemente:

- eine Verordnung des Rates zur Festlegung des MFR für die Jahre 2014 bis 2020 nach Artikel 312 Abs. 2 AEUV (MFR-VO)
- eine IIV zwischen dem EP, dem Rat und der EK über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung
- vier gemeinsame Erklärungen der drei Organe: zu den Eigenmitteln; zur Verbesserung der Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben in Bereichen, die mit der Tätigkeit der EU in Zusammenhang stehen; zu Gleichstellungsaspekten; zu Artikel 15 der MFR-VO (siehe unten)
- zwei einseitige Erklärungen der EK zu den nationalen Verwaltungserklärungen und zur Überprüfung/Änderung des MFR

Darüber hinaus einigte man sich auf die Schaffung weiterer zusätzlicher Flexibilitätsmechanismen:

- einen Gesamtspielraum für Zahlungen (global margin for payments) zur Übertragung nicht genützter ZE-Margen auf die Jahre 2018-2020 (Art. 5 MFR-VO)
- einen Spielraum für unvorhergesehene Ausgaben (contingency margin), mit dem im MFR für die Jahre 2014-2020 Flexibilität geschaffen wird (Art. 13 MFR-VO)
- einen Gesamtspielraum für Verpflichtungen zur Übertragung nicht genutzter VE-Margen auf die Jahre 2016-2020 in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung, insbesondere Jugendbeschäftigung (Art. 14 MFR-VO)



- eine spezifische Flexibilität für das Vorziehen von Ausgaben in Höhe von rund 2,5 Mrd. € in die Jahre 2014 und 2015 zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Stärkung der Forschung und von KMU sowie für das Bildungsprogramm „Erasmus für alle“ (Art. 15 MFR-VO)

Das EP stimmte am 19. November 2013 dem im Rat (Budget-ECOFIN) vereinbarten Kompromiss zwischen den Institutionen zu. Sowohl das Budget für das Jahr 2014 als auch der MFR 2014-2020 wurden von der erforderlichen Mehrheit der Abgeordneten abgesegnet. Der Rat stimmte dem Paket formell am 2. Dezember 2013 zu.<sup>10</sup> Bis Anfang 2014 verabschiedeten EP und Rat einen Großteil der damit verbundenen Gesetzgebungsakte in den verschiedenen Politikbereichen (Sektorvorschriften).

Die folgende Tabelle zeigt den verabschiedeten MFR mit der Gesamtobergrenze von rund 960 Mrd. € VE bzw. rund 908 Mrd. € (ZE). In laufenden Preisen ergibt sich eine Gesamtsumme von rund 1.124 Mrd. € über den Zeitraum 2014-2020; dies entspricht einer Steigerung von +11 % gegenüber der Periode 2007-2013.

Eine hochrangige interinstitutionelle Gruppe wird über längerfristige Perspektiven des Eigenmittelsystems beraten. Für das Jahr 2016 ist eine interinstitutionelle Konferenz basierend auf den Ergebnissen dieser Beratungen geplant.

<sup>10</sup> VO 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014–2020; IIV 2013/C 373/01 Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung.

**Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020**  
in Mio. €, zu Preisen 2011

<b>Mittel für Verpflichtungen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>Summe 2014-2020</b>
<b>R.1 Intelligentes und integratives Wachstum</b>	<b>60.283</b>	<b>61.725</b>	<b>62.771</b>	<b>64.238</b>	<b>65.528</b>	<b>67.214</b>	<b>69.004</b>	<b>450.763</b>
1a. Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	15.605	16.321	16.726	17.693	18.490	19.700	21.079	125.614
1b. Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	44.678	45.404	46.045	46.545	47.038	47.514	47.925	325.149
<b>R.2 Nachhaltiges Wachstum: Natürliche Ressourcen</b>	<b>55.883</b>	<b>55.060</b>	<b>54.261</b>	<b>53.448</b>	<b>52.466</b>	<b>51.503</b>	<b>50.558</b>	<b>373.179</b>
davon: Marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	41.585	40.989	40.421	39.837	39.079	38.335	37.605	277.851
<b>R.3 Sicherheit und Unionsbürgerschaft</b>	<b>2.053</b>	<b>2.075</b>	<b>2.154</b>	<b>2.232</b>	<b>2.312</b>	<b>2.391</b>	<b>2.469</b>	<b>15.686</b>
<b>R.4 Europa in der Welt</b>	<b>7.854</b>	<b>8.083</b>	<b>8.281</b>	<b>8.375</b>	<b>8.553</b>	<b>8.764</b>	<b>8.794</b>	<b>58.704</b>
<b>R.5 Verwaltung</b>	<b>8.218</b>	<b>8.385</b>	<b>8.589</b>	<b>8.807</b>	<b>9.007</b>	<b>9.206</b>	<b>9.417</b>	<b>61.629</b>
davon: Verwaltungsausgaben der Organe	6.649	6.791	6.955	7.110	7.278	7.425	7.590	49.798
<b>R.6 Ausgleichszahlungen</b>	<b>27</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>27</b>
<b>Mittel für Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>134.318</b>	<b>135.328</b>	<b>136.056</b>	<b>137.100</b>	<b>137.866</b>	<b>139.078</b>	<b>140.242</b>	<b>959.988</b>
<b>in BNE %</b>	<b>1,03%</b>	<b>1,02%</b>	<b>1,00%</b>	<b>1,00%</b>	<b>0,99%</b>	<b>0,98%</b>	<b>0,98%</b>	<b>1,00%</b>
<b>Mittel für Zahlungen insgesamt</b>	<b>128.030</b>	<b>131.095</b>	<b>131.046</b>	<b>126.777</b>	<b>129.778</b>	<b>130.893</b>	<b>130.781</b>	<b>908.400</b>
<b>in BNE %</b>	<b>0,98%</b>	<b>0,98%</b>	<b>0,97%</b>	<b>0,92%</b>	<b>0,93%</b>	<b>0,93%</b>	<b>0,91%</b>	<b>0,95%</b>
<b>außerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>Summe 2014-2020</b>
Nothilfereserve	280	280	280	280	280	280	280	1.960
Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	150	150	150	150	150	150	150	1.050
Solidaritätsfonds	500	500	500	500	500	500	500	3.500
Flexibilitätsinstrument	471	471	471	471	471	471	471	3.297

Quelle: VO 1311/2013 A Bl L 347, 884

## 4.4 EU-Haushalt 2014

Die EK unterbreitete Ende Juni 2013 dem EP und dem Rat ihren Haushaltsentwurf für 2014 mit Ausgaben von rund 142,4 Mrd. € VE (-5,6 % gegenüber EH 2013) bzw. rund 136,0 Mrd. € ZE (+2,4 % gegenüber EH 2013). Die Grundlage für den Vorschlag der EK bildete der neue MFR 2014-2020 unter voller Ausnutzung der vorgesehenen Mittel bis zu den MFR-Obergrenzen. Die EK setzte mit ihrem Vorschlag folgende Schwerpunkte:

- Teilrubrik 1a: VE-Anstieg im Bereich „Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“, um Wachstum zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dieser Schwerpunkt umfasst „Horizont 2020“ – das neue Beihilfeprogramm der EU für Forschung und Innovation (nahezu 9 Mrd. €) –, die Jugendbeschäftigungsinitiative (3,6 Mrd. €), die Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“ (rund 2 Mrd. €) und unterstützende Maßnahmen für Europas Unternehmen, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU).
- Rubrik 5: Das zweite Jahr in Folge schlug die EK eine 1%ige Kürzung ihrer Personalzahlen (ohne Einbeziehung des Mehrbedarfs durch den Beitritt Kroatiens) als Teil ihres Vorschlags für ein auf fünf Jahre verteiltes Programm zur Reduzierung des Personals um 5 % vor. Die EK schlug ebenfalls eine 1,1%ige Kürzung ihrer administrativen Ausgaben vor. Der vorgeschlagene Gesamtanstieg der Rubrik 5 war hauptsächlich auf die wachsende Zahl der Pensionierten und die mit dem Beitritt Kroatiens verbundenen Kosten zurückzuführen.

Der Rat präsentierte bei seiner Lesung im Juli 2013 unter litauischer Präsidentschaft einen geänderten Haushaltsentwurf in Höhe von rund 142,2 Mrd. € (VE) bzw. 135,0 Mrd. € (ZE). Die Ausgabenkürzungen im Ausmaß von 0,2 Mrd. € (VE) bzw. 1,0 Mrd. € (ZE) – jeweils gemessen am EK-Vorschlag – sollten dem weiterhin bestehenden Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte in den Mitgliedsstaaten Rechnung tragen und für ausreichende Margen unterhalb der Obergrenzen des MFR sorgen.

Im Herbst 2013 übermittelte das EP den beiden anderen Institutionen seinen Standpunkt. Weil das EP im Vergleich zum Rat Änderungen vorgenommen und der Rat diese Abänderungen nicht akzeptiert hatte, fand im Anschluss ein 21-tägiges Vermittlungsverfahren (24.10. bis 13.11.2013) statt.

Im Anschluss an die 2. Sitzung des Vermittlungsausschusses am 11. November 2013 nahm der Rat (Budget-ECOFIN) mit qualifizierter Mehrheit das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum Budget 2014 an. Dieses sieht 142,6 Mrd. € VE und 135,5 Mrd. € ZE vor. Außerdem wurde zusätzliche finanzielle Unterstützung für Zypern im Rahmen des Flexibilitätsinstruments in Höhe von 89,3 Mio. € außerhalb der Obergrenze des Finanzrahmens 2014-2020 beschlossen. In Bezug auf das Budget 2013 konnte zum Berichtigungshaushalt BH 9/2013 eine Einigung mit dem EP über die offene Finanzierung des EUSF in Höhe von 400 Mio. € für die Entschädigung im Gefolge der Hochwasserkatastrophe in Österreich, Deutschland und Tschechien im Mai 2013 sowie der Dürre in Rumänien erzielt werden.

Bei den VE wurden gegenüber der Ratsposition die Mittel insbesondere beim Forschungsprogramm „Horizont 2020“ sowie beim Entwicklungszusammenarbeitsinstrument in Rubrik 4 erhöht. Die ZE wurden gegenüber der Ratsposition u.a. zur Finanzierung des BH 9 im Jahr 2014 um 150 Mio. € sowie für den Friedensprozess im Nahen Osten und die finanzielle Unterstützung für Palästina um 200 Mio. € erhöht. Die Verwaltungsausgaben wurden in Summe auf dem Niveau von 2013 stabilisiert. Zusätzliche Posten bzw. Budgetmittel sind für die drei Aufsichtsagenturen im Finanzdienstleistungsbereich, das Asyl-Unterstützungsbüro, das Polizeiamt Europol, die Grenzschutzagentur FRONTEX und für die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) vorgesehen.

Die formelle Annahme des EH 2014 erfolgte durch den Rat Allgemeine Angelegenheiten am 19. sowie durch das EP-Plenum am 20. November 2013.

**EU-Haushalt 2014 im Vergleich zu 2013**  
in Mio. €, zu laufenden Preisen

	EH 2014 (verabschiedet)		EH 2013 (verabschiedet)		Differenz %	
	VE	ZE	VE	ZE	VE	ZE
<b>R.1 Intelligentes und integratives Wachstum</b>	<b>63.986</b>	<b>62.393</b>	<b>70.630</b>	<b>59.085</b>	<b>-9,4%</b>	<b>5,6%</b>
R.1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	16.484	11.441	16.121	11.886	2,3%	-3,7%
R.1b Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	47.502	50.952	54.509	47.199	-12,9%	8,0%
<b>R.2 Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen</b>	<b>59.267</b>	<b>56.458</b>	<b>60.149</b>	<b>57.484</b>	<b>-1,5%</b>	<b>-1,8%</b>
<b>R.3 Sicherheit und Unionsbürgerschaft</b>	<b>2.172</b>	<b>1.677</b>	<b>2.106</b>	<b>1.515</b>	<b>3,1%</b>	<b>10,7%</b>
<b>R.4 Europa in der Welt</b>	<b>8.325</b>	<b>6.191</b>	<b>9.583</b>	<b>6.323</b>	<b>-13,1%</b>	<b>-2,1%</b>
<b>R.5 Verwaltung</b>	<b>8.405</b>	<b>8.406</b>	<b>8.431</b>	<b>8.430</b>	<b>-0,3%</b>	<b>-0,3%</b>
<b>R.6 Ausgleichszahlungen</b>	<b>29</b>	<b>29</b>				
<b>Spezialinstrumente außerhalb des MFR</b>	<b>456</b>	<b>350</b>				
<b>Gesamt</b>	<b>142.640</b>	<b>135.504</b>	<b>150.898</b>	<b>132.837</b>	<b>-5,5%</b>	<b>2,0%</b>
<b>in BNE %</b>	<b>1,06%</b>	<b>1,00%</b>	<b>1,13%</b>	<b>0,99%</b>		

Quelle: EK

## 5. Rückflüsse aus dem EU-Haushalt nach Österreich

Die nachfolgende Tabelle „Erfolgsbilanz Österreichs durch Beteiligung an EU-Programmen“ zeigt die Entwicklung der von Österreich erzielten Rückflüsse der Jahre 2007 bis 2012 insgesamt, sowie jene Finanzflüsse, die über den österreichischen Bundeshaushalt laufen. Nicht im Bundeshaushalt dargestellt sind jene Ausgaben aus dem EU-Haushalt an private Einrichtungen und Personen, deren Administration ohne Einbindung nationaler Behörden abgewickelt wird.

Die Beispiele für Maßnahmen, die aus dem EU-Haushalt in Österreich gefördert werden, sind vielfältig. Sie reichen von Erasmus-Stipendien für einzelne Studierende, über die Mitfinanzierung des Brenner Basistunnels aus dem Förderprogramm Transeuropäische Netze bis zur Unterstützung von aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen aus dem Europäischen Globalisierungsanpassungsfonds (EGF) für Arbeitnehmer, die Opfer von Massenkündigungen geworden sind. Die EK weist auch Verwaltungsausgaben als Rückflüsse an die Mitgliedstaaten aus. Dies betrifft neben dem Kostenersatz zugunsten aller Mitgliedstaaten für Dienstreisen zu Sitzungen der EU-Gremien beispielsweise die Ausgaben der EK für ihren Brüsseler Sitz zugunsten Belgiens oder die Ausgaben der Wiener EU-Grundrechteagentur zugunsten Österreichs.

EU-Maßnahmen sowohl im Bereich der Ländlichen Entwicklung als auch der Strukturpolitik erfordern nicht nur eine Finanzierung im Wege des EU-Beitrags, sondern auch eine signifikante direkte Beteiligung der nationalen Haushalte (Kofinanzierung), welche sich wiederum in Österreich aus Beträgen des Bundes und der Länder zusammensetzt. Will man die Belastung der nationalen Haushalte vollständig erfassen, dann ist diese direkte Beteiligung zusätzlich zum EU-Beitrag den Rückflüssen gegenüber zu stellen.

In den folgenden Unterabschnitten wird ein Überblick über die Rückflüsse nach Österreich geboten. Die beiden wichtigsten Ausgabenbereiche, Strukturpolitik und Landwirtschaft, werden näher betrachtet.

### Erfolgsbilanz Österreichs durch Beteiligung an EU-Programmen

in Mio. €, zu laufenden Preisen und durchschnittliche Rückflussquote in % der EU-27-Rückflüsse

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2007-2012
	Rückflüsse						
<b>R.1 Nachhaltiges Wachstum</b>	<b>423,1</b>	<b>485,0</b>	<b>452,2</b>	<b>403,1</b>	<b>501,8</b>	<b>502,0</b>	<b>1,0%</b>
<b>R.1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung</b>	<b>158,4</b>	<b>253,1</b>	<b>210,9</b>	<b>240,9</b>	<b>283,0</b>	<b>270,0</b>	<b>2,7%</b>
7. Rahmenprogramm Forschung	80,7	152,8	132,1	136,6	146,5	157,7	2,5%
Transeuropäische Netze (TEN)	39,2	62,0	39,4	56,9	72,3	46,3	9,3%
Marco Polo	1,1	0,0	2,0	0,5	4,5	0,0	6,9%
Lebenslanges Lernen	18,6	22,8	22,0	22,7	25,6	32,8	2,3%
Rahmenprogramm Wettbewerb	4,4	6,1	6,2	5,5	12,0	15,1	4,3%
Sozialpolitische Agenda	4,3	4,6	4,6	4,1	4,0	3,0	2,9%
Zoll 2013 und Fiscalis 2013	0,5	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	1,0%
Europäischer Globalisierungsfonds	0,0	0,0	0,0	5,7	9,5	3,6	4,9%
Energievorgaben zur Konjunkturbelebung	0,0	0,0	0,0	4,0	4,3	7,7	1,2%
übrige Aktionen und Programme	9,6	4,4	4,1	4,4	4,0	3,5	1,5%

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2007-2012
	<b>Rückflüsse</b>						
<b>R.1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung</b>	<b>264,7</b>	<b>231,9</b>	<b>241,3</b>	<b>162,2</b>	<b>218,8</b>	<b>232,0</b>	<b>0,6%</b>
Konvergenz	28,0	33,3	21,4	19,4	34,1	15,3	0,1%
Regionale Wettbewerbsfähigkeit	146,2	98,3	162,8	100,4	108,0	146,3	1,8%
Europäische territoriale Zusammenarbeit	89,9	95,6	54,7	41,7	74,9	69,1	7,0%
Techn. Unterstützung	0,6	4,7	2,4	0,5	1,3	0,6	2,3%
Kohäsionsfonds	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0%
übrige Aktionen und Programme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,7	5,1%
<b>R.2 Bewahrung und Bewirtschaftung der natürl. Ressourcen</b>	<b>1.130,0</b>	<b>1.217,8</b>	<b>1.307,7</b>	<b>1.351,2</b>	<b>1.312,4</b>	<b>1.289,5</b>	<b>2,3%</b>
Marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	754,9	743,9	749,5	751,8	742,6	747,1	1,8%
Entwicklung des ländlichen Raums	370,8	469,7	548,4	592,0	560,2	536,5	4,6%
Europ. Fischereifonds	0,7	0,3	1,1	1,1	0,8	0,7	0,2%
Life+	3,6	3,9	8,7	6,3	8,8	4,9	3,3%
übrige Aktionen und Programme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,7%
<b>R.3 Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit u. Recht</b>	<b>25,4</b>	<b>30,8</b>	<b>36,6</b>	<b>46,5</b>	<b>42,6</b>	<b>45,4</b>	<b>2,4%</b>
R.3a Freiheit, Sicherheit und Recht	16,5	19,8	25,5	35,2	32,8	33,6	4,6%
R.3b Unionsbürgerschaft	8,9	11,0	11,1	11,3	9,7	11,8	1,1%
<b>R.4 Die EU als globaler Akteur</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0%</b>
<b>R.5 Verwaltung</b>	<b>20,0</b>	<b>43,7</b>	<b>20,0</b>	<b>20,8</b>	<b>19,1</b>	<b>19,0</b>	<b>0,3%</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.598,5</b>	<b>1.777,3</b>	<b>1.816,5</b>	<b>1.821,6</b>	<b>1.875,8</b>	<b>1.856,0</b>	<b>1,6%</b>
<b>davon Rückflüsse in den österreichischen Bundeshaushalt (Erfolg):<sup>*)</sup></b>							
<b>R.1 Nachhaltiges Wachstum</b>	<b>203,7</b>	<b>148,6</b>	<b>180,1</b>	<b>131,6</b>	<b>153,3</b>	<b>163,7</b>	
R.1a Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	2,2	1,9	1,7	1,6	1,1	2,0	
R.1b Kohäsion für Wachstum und Beschäftigung	201,5	146,7	178,4	130,0	152,2	161,7	
<b>R.2 Bewahrung und Bewirtschaftung der natürl. Ressourcen</b>	<b>1.123,2</b>	<b>1.201,9</b>	<b>1.310,9</b>	<b>1.312,1</b>	<b>1.316,3</b>	<b>1.301,1</b>	
<b>R.3 Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit u. Recht</b>	<b>3,4</b>	<b>5,3</b>	<b>11,7</b>	<b>12,3</b>	<b>8,7</b>	<b>12,1</b>	
<b>R.4 Die EU als globaler Akteur</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	
<b>R.5 Verwaltung</b>	<b>4,2</b>	<b>4,5</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>2,3</b>	<b>2,2</b>	
<b>Gesamt</b>	<b>1.334,4</b>	<b>1.360,3</b>	<b>1.505,5</b>	<b>1.458,5</b>	<b>1.480,6</b>	<b>1.479,2</b>	
<b>Anteile Rückflüsse Bundeshaushalt an</b>							
<b>Gesamtrückflüssen</b>	<b>83,5%</b>	<b>76,5%</b>	<b>82,9%</b>	<b>80,1%</b>	<b>79,0%</b>	<b>80,0%</b>	

Quelle: EK, Finanzbericht 2012

<sup>\*)</sup> BMF, Bundeshaushalt

## 5.1 Strukturfonds (EFRE, ESF)

Mit rund 349 Mrd. € (laufende Preise) für 2007-2013 stellt die Kohäsionspolitik gemeinsam mit der GAP den größten Ausgabenbereich der EU dar. Die EU-Regionalpolitik soll dazu beitragen, die erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede zu verringern, die zwischen den Regionen Europas bestehen. In den Jahren 2014 und 2015 werden noch hauptsächlich die Zahlungen der Finanzperiode 2007-2013 abgewickelt, bevor die Programme der Folgeperiode voll anlaufen.

Für Österreich sind für die Periode 2007-2013 rund 1,46 Mrd. € bzw. 0,4 % der Gesamtauszahlungen vorgesehen. Unter Berücksichtigung des nationalen Finanzierungsanteils ist Österreich damit Nettozahler in diesem Politikbereich. Hauptprofiteure sind die entwicklungsschwächsten Regionen, vor allem in den neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas. Auf diese konzentrieren sich 81 % der Mittel.

Die Rückflüsse nach Österreich erfolgen über die beiden Strukturfonds Europäischer Sozialfonds (ESF) und Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Auf Zuwendungen aus dem dritten, dem Kohäsionsfonds, hat Österreich keinen Anspruch, weil die Voraussetzung ein BNE unter 90 % des EU-Durchschnitts ist.

Während der ESF das wichtigste Finanzinstrument für die EU darstellt, um ihre strategischen beschäftigungspolitischen Ziele in konkrete Maßnahmen umzusetzen, soll der EFRE durch die Unterstützung von Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichgewichte zwischen Regionen und sozialen Gruppen hauptsächlich den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU fördern.

### 5.1.1 Kohäsionspolitische Ziele

Abgeleitet von diesen Prioritäten werden in der Periode 2007-2013 mit Hilfe der beiden Strukturfonds die drei kohäsionspolitischen Ziele „Konvergenz“, „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Regionale Beschäftigung“ sowie „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (bis 2006 INTERREG) verfolgt.

Die Umsetzung der Ziele erfolgt über einzelne Programme. Für Österreich stellt sich die Situation wie folgt dar:

- Ziel „Konvergenz/Phasing Out“: je ein EFRE- und ein ESF-Programm für das Burgenland. Dabei steht „Phasing Out“ für den 2013 ausgelaufenen Förderstatus.
- Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“: je ein regionales EFRE-Programm für die Bundesländer Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien.
- Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“: ein nationales ESF-Beschäftigungsprogramm für Österreich ohne Burgenland.
- Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“: sieben grenzübergreifende und drei transnationale EFRE-Programme; diesen Programmen kommt insofern ein Sonderstatus zu, als sie nicht durch Österreich allein, sondern in Kooperation mit einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten abgewickelt werden.

Die indikative Aufteilung der Strukturfondsmittel auf die einzelnen Programme wurde 2006 für die gesamte Programmperiode 2007-2013 festgelegt. Sie gibt Zielwerte an, die in der nächsten Tabelle dargestellt sind.

## Strukturfondsmittel nach Zielen, nationalen Kofinanzierungsverpflichtungen und Plandaten zur Bundeskofinanzierung 2007-2013

in Mio. €, zu laufenden Preisen

Ziel	EU-Mittel	nationale Kofinanzierung	davon Bundeskofinanzierung
<b>Ziel „Konvergenz/Phasing Out Burgenland“</b>	<b>177,2</b>	<b>59,1</b>	<b>31,2</b>
ESF	52,1	17,4	13,6
EFRE	125,0	41,7	17,6
<b>Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit &amp; Beschäftigung“</b>	<b>1.027,3</b>	<b>1.027,3</b>	<b>653,7</b>
ESF	472,3	472,3	446,0
EFRE	555,0	555,0	207,7
davon:			
Kärnten EFRE	67,4	67,4	30,8
Niederösterreich EFRE	145,6	145,6	40,1
Oberösterreich EFRE	95,5	95,5	40,0
Salzburg EFRE	13,8	13,8	9,6
Steiermark EFRE	155,1	155,1	58,0
Tirol EFRE	34,8	34,8	17,3
Vorarlberg EFRE	17,7	17,7	8,7
Wien EFRE	25,2	25,2	3,2
<b>Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“</b>	<b>256,7</b>	<b>64,2<sup>1)</sup></b>	<b>22,5<sup>1)</sup></b>
<b>Summe</b>	<b>1.461,1</b>	<b>1.151,0</b>	<b>707,4</b>

Quelle: BKA, BMASK

<sup>1)</sup> Schätzungen BMF

### 5.1.2 Kofinanzierung

Aus der obigen Tabelle ist ersichtlich, dass die einzelnen Programme nicht aus EU-Strukturfondsmitteln allein finanziert werden, sondern aus nationalen Mitteln kofinanziert werden müssen. Der Hebel der strukturpolitischen Maßnahmen wird damit größer, gleichzeitig „verteuert“ sich dieser Politikbereich zusätzlich.

Die Kofinanzierungsmittel setzen sich aus Beträgen des Bundes und der Länder zusammen. Der Anteil der EU-Mittel an den öffentlichen Ausgaben beträgt:

- maximal 75 % im Rahmen des Ziels „Konvergenz/Phasing Out Burgenland“,
- maximal 50 % im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“,
- maximal 75 % im Rahmen des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“.

Der Rest ist durch nationale öffentliche Kofinanzierung aufzubringen.



Die Bundesbeteiligung an der nationalen Kofinanzierung erfolgt differenziert nach Maßnahmenbereichen durch verschiedene Bundesförderstellen bzw. Bundesressorts im Rahmen ihrer jeweiligen Budgets, die Beteiligung der Länder über diverse Landesförderstellen.

Die Aufteilung zwischen Bund und Land ist dabei sehr unterschiedlich. Diese spiegelt die jeweiligen Förderprioritäten und Zuständigkeiten wider:

- Beim Ziel „Konvergenz/Phasing Out Burgenland“ beträgt das Zahlungsverhältnis zwischen Bund und Land über die gesamte Periode ca. 50:50, wobei die Bundesbeteiligung am ESF-Programm deutlich höher ist als am EFRE-Programm.
- Das nationale Beschäftigungsprogramm im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit & Beschäftigung“ (ESF) wird laut Plandaten zu einem Großteil durch den Bund kofinanziert. Eine fixe Finanzierungsverpflichtung seitens der Länder besteht nicht. In den acht Bundesländerprogrammen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit & Beschäftigung“ (EFRE) – alle Bundesländer außer dem Burgenland fallen in dieses Ziel – liegt die durchschnittliche Bundesbeteiligung bei 35 %.
- Bei den im Fall des Ziels „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ ausgewiesenen Kofinanzierungsbeträgen handelt es sich um reine Schätzwerte. Die erforderlichen nationalen Mittel zur Kofinanzierung einzelner Projekte werden von den Ländern oder – nach Maßgabe ihrer fachlichen Zuständigkeit und Budgets, ohne fixe Finanzierungsverpflichtung – von einzelnen Bundesressorts bereitgestellt.

In den folgenden beiden Tabellen sind für die Finanzperiode 2007-2013 einerseits die bis dato getätigten jährlichen Auszahlungen an EU-Strukturfondsmitteln und andererseits die korrespondierenden Kofinanzierungsmittel des Bundes dargestellt. Die angeführten Auszahlungen müssen nicht mit den im vorangegangenen Kapitel dargestellten Rückflüssen übereinstimmen. Das liegt daran, dass die Mitgliedstaaten mit den Auszahlungen an die Begünstigten in Vorlage treten müssen und die bescheinigten Auszahlungen durch die EK immer erst im Nachhinein refundiert werden. Damit erfolgen die Rückflüsse immer etwas später als die Auszahlungen.

**Auszahlungen Strukturfonds-Mittel**  
in Mio. €, zu laufenden Preisen

Ziel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2007-2013
<b>Ziel „Konvergenz/ Phasing Out Burgenland“</b>	-	5,57	16,49	16,39	23,98	27,34	29,13	118,91
ESF	-	5,57	5,24	9,04	7,01	5,17	8,44	40,48
EFRE	-	0,00	11,25	7,35	16,97	22,17	20,69	78,43
<b>Ziel „Regionale Wettbewerbs- fähigkeit &amp; Beschäftigung“</b>	-	44,69	97,95	96,76	151,97	123,60	141,34	656,31
ESF	-	39,89	57,46	54,90	77,80	61,08	79,85	370,98
EFRE	-	4,80	40,49	41,86	74,17	62,52	61,49	285,33
davon:								
Kärnten EFRE	-	0,00	5,51	3,98	7,06	10,29	8,01	34,85
Niederösterreich EFRE	-	0,00	11,14	7,94	19,23	13,80	19,87	71,98
Oberösterreich EFRE	-	0,73	5,38	7,86	16,81	10,30	12,79	53,87
Salzburg EFRE	-	0,03	1,39	1,30	1,91	1,49	2,24	8,36
Steiermark EFRE	-	3,93	10,35	14,45	18,43	18,41	10,83	76,40
Tirol EFRE	-	0,00	2,23	2,55	4,62	4,43	2,95	16,78
Vorarlberg EFRE	-	0,11	2,08	1,29	2,80	1,88	2,15	10,31
Wien EFRE	-	0,00	2,41	2,49	3,31	1,92	2,65	12,78
<b>Summe</b>	-	50,26	114,44	113,15	175,95	150,94	170,47	775,22

Quelle: Monitoring EFRE: Stand 5.12.2013; Monitoring ESF: Stand 6.12.2013

**ausbezahlte Kofinanzierungsmittel des Bundes**  
in Mio. €, zu laufenden Preisen

Ziel	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2007-2013
<b>Ziel Konvergenz/</b>								
<b>Phasing Out Burgenland</b>		<b>2,33</b>	<b>2,44</b>	<b>3,38</b>	<b>2,70</b>	<b>4,98</b>	<b>5,39</b>	<b>21,22</b>
ESF		1,74	1,28	2,33	1,71	1,71	2,81	11,58
EFRE		0,59	1,16	1,05	0,99	3,27	2,58	9,64
<b>Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit &amp; Beschäftigung“</b>	<b>0,80</b>	<b>51,06</b>	<b>79,80</b>	<b>66,30</b>	<b>89,18</b>	<b>104,83</b>	<b>114,90</b>	<b>506,87</b>
ESF		40,49	57,90	51,73	73,00	80,97	91,33	395,42
EFRE	0,80	10,57	21,90	14,57	16,18	23,86	23,57	111,45
davon:								
Kärnten EFRE		0,74	2,53	1,19	1,79	3,59	2,68	12,52
Niederösterreich EFRE	0,10	3,23	5,01	1,66	1,92	4,70	3,98	20,60
Oberösterreich EFRE	0,28	2,54	5,53	2,92	3,64	2,54	5,85	23,30
Salzburg EFRE			1,56	0,77	1,02	1,89	0,93	6,17
Steiermark EFRE	0,42	2,47	4,74	3,63	4,48	5,58	5,57	26,89
Tirol EFRE		1,07	1,58	2,04	2,40	3,93	3,66	14,68
Vorarlberg EFRE		0,51	0,95	2,20	0,91	1,63	0,88	7,08
Wien EFRE		0,01		0,16	0,02		0,02	0,21
<b>Summe</b>	<b>0,80</b>	<b>53,39</b>	<b>82,24</b>	<b>69,68</b>	<b>91,88</b>	<b>109,81</b>	<b>120,29</b>	<b>528,09</b>

Quelle: Monitoring EFRE Stand: 5.12.2013; Monitoring ESF: Stand 6.12.2013

Der Anteil der bereits ausbezahlten an den für die gesamte Programmperiode 2007-2013 reservierten Strukturfondsmittel beträgt 64 % (Stand: Dezember 2013). Damit liegt der Ausschöpfungsgrad unter jenem zum vergleichbaren Zeitpunkt der Vorperiode 2000-2006. Die vergleichsweise geringen Auszahlungen lassen sich insbesondere durch das zurückhaltende Investitionsverhalten potentieller Fördernehmer aufgrund der Wirtschaftskrise erklären. Weitere Gründe sind der verspätete Programmstart in den Jahren 2007 und 2008 sowie vorübergehend von der EK verhängte Zahlungsstopps. Trotz Verzögerungen bei den Auszahlungen ist es bis dato zu keinem Mittelverfall gekommen. Zahlungsanträge an die EK für die Periode 2007-2013 sind bis Ende 2015 möglich (n+2-Regel). Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass über die gesamte Programmperiode die für Österreich reservierten Strukturfondsmittel in vollem Umfang abgerufen werden können.

## 5.2 Landwirtschaft

### 5.2.1 Direktzahlungen und Marktordnung

Die EU leistet an Österreich Zahlungen aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) auf unterschiedliche Arten:

- Direktzahlungen, die von der Produktion agrarischer Urprodukte entkoppelt sind, an historischen Prämienzahlungen bemessen wurden, die Einkommen der Landwirte stützen und direkt an die landwirtschaftlichen Betriebe geleistet werden
- Marktordnungsausgaben, d. h. Zahlungen zur Stabilisierung der Agrarpreise; dabei handelt es sich um:
  - Erstattungen bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Drittländer
  - Interventionen zur Regulierung der Agrarmärkte
  - Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem EU-Binnenmarkt und in Drittländern
  - die Sammlung und Nutzung genetischer Ressourcen in der Landwirtschaft
  - den Aufbau und die Pflege des Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen
  - das System für landwirtschaftliche Erhebungen

Diese Maßnahmen werden in der 1. Säule der GAP zusammengefasst. Sie werden mit wenigen Ausnahmen allein von der EU finanziert.

### 5.2.2 Ländliche Entwicklung

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) beteiligt sich an den Zahlungen für die Ländliche Entwicklung (2. Säule der GAP). Das sind Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft (u. a. Investitionsmaßnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben und in der nachgelagerten Industrie)
- Verbesserung der Umwelt und Landschaft (für Österreich von besonderer Bedeutung sind das Umweltprogramm ÖPUL sowie die Ausgleichszahlungen für Benachteiligte und Bergbauern zum Ausgleich natürlicher Benachteiligung in der Landwirtschaftsproduktion)
- Förderung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (u. a. Aufbau neuer Betriebszweige, Grundversorgung ländlicher Gebiete, Dorferneuerung)
- Umsetzung des LEADER-Konzepts, das in den drei vorgenannten Schwerpunktbereichen lokale Entwicklungsstrategien, lokale Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung im betreffenden Gebiet besonders fördert

Die EU beteiligt sich am österreichischen ELER-Programm mit rund der Hälfte der gesamten öffentlichen Aufwendungen. Gemäß Landwirtschaftsgesetz wird die nationale Kofinanzierung zwischen Bund und Ländern grundsätzlich im Verhältnis 60:40 geteilt. Abweichend von dieser Regel wird aber eine Reihe von Maßnahmen der Länder im Rahmen der Ländlichen Entwicklung gefördert, die vom Bund nicht mitgetragen werden und die daher allein durch die Länder kofinanziert werden (z. B. Alpengsprämien in einzelnen Bundesländern).

### 5.2.3 Fischerei

Über den Europäischen Fischereifonds (EFF) stellt die EU 50 % der gesamten öffentlichen Mittel zur Verfügung. Der nationale Anteil wird wie bei der Ländlichen Entwicklung gemäß Landwirtschaftsgesetz zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 60:40 geteilt.

#### EGFL-, ELER-, EFF-Mittel insgesamt

in Mio. €, zu laufenden Preisen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EGFL (1. Säule)	42.121	42.181	43.454	44.046	44.161	44.855
ELER (2. Säule)	6.081	8.539	8.209	11.116	11.794	13.117
Agrarausgaben gesamt	48.202	50.720	51.663	55.162	55.955	57.972
EFF	229	249	175	381	441	n.v.

Quelle: Finanzberichte der EK, GD AGRI bzw. FISH

#### Zahlungen für EU- und kofinanzierte Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft in Österreich

in Mio. €, zu laufenden Preisen

	Österreich						2012			
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Gesamt	EU	Bund	Länder
<b>Summe EU- und kofinanzierte Maßnahmen</b>	<b>1.673,37</b>	<b>1.828,94</b>	<b>1.931,38</b>	<b>1.952,69</b>	<b>1.903,55</b>	<b>1.782,18</b>	<b>1.782,18</b>	<b>1.248,34</b>	<b>289,88</b>	<b>243,97</b>
<b>Marktordnungsausgaben (1. Säule der GAP)</b>	<b>754,62</b>	<b>762,10</b>	<b>783,75</b>	<b>782,10</b>	<b>756,79</b>	<b>733,64</b>	<b>733,64</b>	<b>714,42</b>	<b>8,58</b>	<b>10,64</b>
Betriebsprämie	617,25	621,09	617,06	634,48	630,13	608,17	608,17	608,17	0,00	0,00
<b>Ländliche Entwicklung (2. Säule der GAP)</b>	<b>918,75</b>	<b>1.066,84</b>	<b>1.147,63</b>	<b>1.170,59</b>	<b>1.146,76</b>	<b>1.048,54</b>	<b>1.048,54</b>	<b>533,92</b>	<b>281,30</b>	<b>233,33</b>
<b>Ländliches Entwicklungsprogramm</b>	<b>898,00</b>	<b>1.048,63</b>	<b>1.146,16</b>	<b>1.170,47</b>	<b>1.146,64</b>	<b>1.048,45</b>	<b>1.048,45</b>	<b>533,92</b>	<b>281,30</b>	<b>233,24</b>
Achse 1 - Wettbewerbsfähigkeit	79,25	192,11	216,92	187,81	166,42	139,85	139,85	53,77	31,58	54,50
Achse 2 - Umwelt und Landschaft	791,02	815,15	842,99	842,59	833,11	778,18	778,18	415,20	217,11	145,87
Ausgleichszahlung für naturbedingte Nachteile (AZ)	275,27	275,02	273,84	271,45	268,46	238,94	238,94	124,78	67,82	46,34
Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL)	509,87	522,55	548,37	553,96	549,18	526,33	526,33	283,86	145,48	96,99
<b>Achse 3 - Lebensqualität und Diversifizierung</b>	<b>27,26</b>	<b>39,91</b>	<b>73,85</b>	<b>103,92</b>	<b>112,25</b>	<b>94,19</b>	<b>94,19</b>	<b>47,14</b>	<b>23,15</b>	<b>23,90</b>
Achse 4 - LEADER		0,81	7,82	14,80	12,17	13,13	13,13	6,65	2,29	4,19
Technische Hilfe	0,48	0,65	4,58	21,34	22,69	23,11	23,11	11,16	7,17	4,78
Gemeinschaftsinitiativen (Leader plus, Interreg)	20,75	18,21	1,47	0,13	0,12	0,09	0,09	0,00	0,00	0,09

Quelle: BMLFUW, Grüner Bericht mehrere Jgg.

## Zahlungen 2012 für EU- und kofinanzierte Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft nach Bundesländern

in Mio. €, zu laufenden Preisen

	davon									
	Ö	B	K	NÖ	OÖ	S	St	T	V	W
<b>Summe EU- und kofinanzierte Maßnahmen</b>	<b>1.782,18</b>	<b>117,48</b>	<b>139,87</b>	<b>604,84</b>	<b>349,47</b>	<b>113,60</b>	<b>270,21</b>	<b>127,45</b>	<b>48,03</b>	<b>11,24</b>
<b>Marktordnungsausgaben (1. Säule der GAP)</b>	<b>733,64</b>	<b>52,5</b>	<b>49,16</b>	<b>294,41</b>	<b>173,70</b>	<b>25,47</b>	<b>99,98</b>	<b>24,23</b>	<b>11,25</b>	<b>2,95</b>
Betriebsprämie	608,17	47,63	33,24	263,32	149,08	16,77	75,02	13,93	7,58	1,61
<b>Ländliche Entwicklung (2. Säule der GAP)</b>	<b>1.048,54</b>	<b>64,98</b>	<b>90,71</b>	<b>310,43</b>	<b>175,77</b>	<b>88,13</b>	<b>170,23</b>	<b>103,22</b>	<b>36,78</b>	<b>8,29</b>
<b>Ländliches Entwicklungsprogramm</b>	<b>1.048,45</b>	<b>64,98</b>	<b>90,63</b>	<b>310,43</b>	<b>175,77</b>	<b>88,11</b>	<b>170,23</b>	<b>103,22</b>	<b>36,78</b>	<b>8,29</b>
<b>Achse 1 - Wettbewerbsfähigkeit</b>	<b>139,85</b>	<b>7,52</b>	<b>9,03</b>	<b>34,67</b>	<b>30,23</b>	<b>9,41</b>	<b>30,56</b>	<b>11,30</b>	<b>3,06</b>	<b>4,06</b>
<b>Achse 2 - Umwelt und Landschaft</b>	<b>778,18</b>	<b>48,36</b>	<b>70,50</b>	<b>247,45</b>	<b>124,57</b>	<b>65,49</b>	<b>115,16</b>	<b>78,18</b>	<b>26,76</b>	<b>1,70</b>
Ausgleichszulage für naturbedingte Nachteile (AZ)	238,94	4,07	31,47	49,54	38,47	22,55	49,60	33,91	9,32	0,00
Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL)	526,33	43,87	37,20	196,51	85,61	40,22	65,27	40,12	15,83	1,70
<b>Achse 3 - Lebensqualität und Diversifizierung</b>	<b>94,19</b>	<b>6,50</b>	<b>6,16</b>	<b>19,95</b>	<b>14,49</b>	<b>11,14</b>	<b>17,82</b>	<b>10,74</b>	<b>4,92</b>	<b>2,46</b>
<b>Achse 4 - LEADER</b>	<b>13,13</b>	<b>1,11</b>	<b>2,60</b>	<b>2,04</b>	<b>1,95</b>	<b>0,54</b>	<b>2,42</b>	<b>1,07</b>	<b>1,40</b>	<b>0,00</b>
<b>Technische Hilfe</b>	<b>23,11</b>	<b>1,49</b>	<b>2,34</b>	<b>6,31</b>	<b>4,53</b>	<b>1,54</b>	<b>4,27</b>	<b>1,93</b>	<b>0,64</b>	<b>0,07</b>
<b>Gemeinschaftsinitiativen</b>	<b>0,09</b>	<b>0,00</b>	<b>0,08</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,02</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Quelle: Grüner Bericht 2013, Tab. 5.1.4.

## 6. Nettoposition

Nationale Nettopositionen geben Aufschluss über die Verteilung der unmittelbaren budgetären Belastungen und Vorteile, die den Mitgliedstaaten erwachsen. Nettosalden in Form bloßer Darstellungen der Differenz zwischen EU-Beitrag und Rückflüssen würden ein unzulängliches Bild von den schwer messbaren Vorteilen der EU-Mitgliedschaft vermitteln. Allerdings kann eine zwischen den Mitgliedstaaten vergleichbare Kennzahl wichtige Informationen über die budgetäre Lastenverteilung und ihre Entwicklung liefern. Zu beachten ist, dass der Aussagewert einer jährlichen Betrachtungsweise der Nettoposition aufgrund der meist mehrjährigen Laufzeit der Förderprogramme und einer folglich über die Jahre schwankenden Struktur der Mittelflüsse beschränkt ist. So handelt es sich bei den Rückflüssen zu Beginn einer Programmperiode meist um Vorauszahlungen, die weiteren Raten sind hingegen abhängig vom Programmfortschritt. Aussagekräftiger ist daher der Mittelwert über die Programmperiode.

Aufgrund einer Vereinbarung des Europäischen Rates von Berlin 1999 berechnet die EK für jeden Mitgliedstaat jährlich einen operativen Haushaltssaldo (Nettoposition) nach einer einheitlichen Definition mit folgenden Eigenschaften:

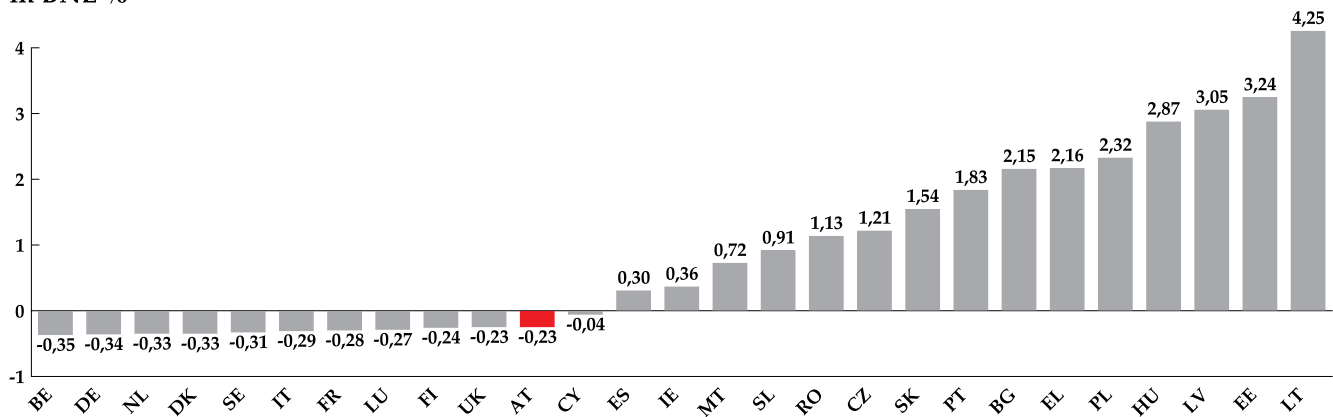
- **Eigenmittel:** angepasste<sup>11</sup> nationale Beiträge ohne traditionelle Eigenmittel (v.a. Zölle), da letztere lediglich von nationalen Behörden (bei Einhebungskostenersatz) für die gesamte EU erhoben werden.
- **Ausgaben:** Berücksichtigt werden sämtliche operativen Ausgaben (Rückflüsse), die in die Mitgliedstaaten zurückfließen (also keine Ausgaben an Drittländer wie Entwicklungshilfen und keine Verwaltungskosten, die allen Mitgliedstaaten zugutekommen, aber überwiegend in Belgien und Luxemburg anfallen).
- **Berechnung:** Der operative Haushaltssaldo ist die Differenz zwischen nationalen Rückflüssen und nationalem Beitrag.

Diese Definition ermöglicht einen Vergleich von Nettopositionen zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten. Das Bundesministerium für Finanzen publiziert daher wie die EK aus Transparenzgründen nur Nettopositionen gemäß dieser Definition.

In der Finanzperiode 1993-1999, in die der österreichische EU-Beitritt 1995 fällt, flossen 75 % des österreichischen nationalen Beitrags nach Österreich zurück, in der darauf folgenden Periode 2000-2006 erhöhte sich diese Quote auf 86 %, 2007-2012 betrug sie 77 %. Die Nettoposition Österreichs wies bis 1999 durchschnittlich einen Saldo von -0,34 % des BNE auf, in der Periode 2000-2006 verbesserte sich der Durchschnitt auf -0,16 %. In den ersten sechs Jahren des MFR 2007-2013 betrug der Saldo durchschnittlich -0,23 %, wobei sich der Beitritt von zwölf weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten inzwischen voll im EU-Haushalt niederschlägt.

<sup>11</sup> Die nationalen Beiträge aller Mitgliedstaaten werden aus Vergleichbarkeitsgründen so angepasst, dass sie in Summe den berücksichtigten Ausgaben entsprechen; folglich addieren sich die operativen Haushaltssalden grundsätzlich auf null.

### Nettopositionen der EU-27 Mitgliedstaaten (operative Haushaltssalden): Mittelwerte 2007-2012 in BNE %



Anmerkung: Bei der Berechnung der operativen Haushaltssalden bleiben Verwaltungsausgaben (Gehälter, Gebäudemieten,...) unberücksichtigt, wodurch sich bei Belgien und Luxemburg als Sitz der größten EU-Institutionen „verzerrte“ negative Nettopositionen ergeben. Würde man diese Ausgaben den beiden Ländern als Rückflüsse zuordnen, wären beide Mitgliedstaaten Nettoempfänger.

Quelle: EK, Finanzbericht 2012; BMF-Berechnungen



# 7. Tabellenteil

**Tabelle 1: EU-27 Nationaler Beitrag nach Mitgliedstaaten und zu Gunsten der EU erhobene Traditionelle Eigenmittel 2012**  
in Mio. €, zu laufenden Preisen

	MwSt.- Eigenmittel (1)	BNE- Eigenmittel <sup>*)</sup> (2)	UK-Rabatt <sup>**)</sup> (3)	Reduktion der BNE-Eigenmittel für NL und SE <sup>**) )</sup> (4)	Nationaler Beitrag insgesamt (5)= Σ (1) bis (4)	Traditionelle Eigenmittel netto (75%) (6)	Eigenmittel insgesamt (7)=(5)+(6)	% (7)=(5)+(6)
BE	475,8	2.953,1	188,6	25,3	3.642,7	1.600,9	5.243,6	4,1
BG	52,8	295,5	20,2	2,5	371,0	45,9	416,9	0,3
CZ	198,1	1.113,2	74,8	9,5	1.395,5	198,5	1.594,0	1,2
DK	292,9	1.960,4	121,2	16,7	2.391,1	306,4	2.697,5	2,1
DE	1.803,2	20.617,0	224,3	175,8	22.820,2	3.393,6	26.213,8	20,3
EE	23,0	121,4	8,1	1,0	153,5	22,1	175,7	0,1
IE	191,1	975,2	61,1	8,3	1.235,6	203,5	1.439,2	1,1
EL	215,6	1.364,7	87,9	13,1	1.681,3	123,1	1.804,5	1,4
ES	1.317,1	7.777,8	498,5	68,2	9.661,6	1.084,9	10.746,5	8,3
FR	2.877,1	15.783,2	999,9	136,8	19.796,9	1.499,3	21.296,2	16,5
IT	2.294,4	11.803,7	778,3	103,8	14.980,2	1.563,3	16.543,6	12,8
CY	25,9	130,5	7,4	1,1	164,9	20,3	185,2	0,1
LV	22,1	170,4	10,8	1,4	204,7	24,4	229,1	0,2
LT	36,7	238,7	16,0	2,1	293,5	49,2	342,7	0,3
LU	40,9	207,7	14,0	2,0	264,7	11,8	276,4	0,2
HU	89,0	692,9	43,5	6,2	831,6	96,8	928,4	0,7
MT	9,3	46,8	2,7	0,4	59,2	9,4	68,6	0,1
NL	257,3	4.503,7	51,1	-638,8	4.173,3	1.906,9	6.080,2	4,7
AT	327,0	2.390,9	26,9	20,3	2.765,1	177,1	2.942,2	2,3
PL	543,9	2.783,6	173,4	24,4	3.525,3	382,9	3.908,3	3,0
PT	235,3	1.318,9	81,2	10,6	1.646,0	119,5	1.765,5	1,4
RO	147,1	1.098,0	72,1	8,9	1.326,1	131,0	1.457,1	1,1
SL	51,9	262,9	16,5	2,3	333,5	65,0	398,5	0,3
SK	84,0	524,5	33,1	4,6	646,1	96,6	742,8	0,6
FI	277,2	1.470,3	101,6	13,2	1.862,3	139,7	2.001,9	1,5
SE	188,3	3.211,5	33,9	-144,5	3.289,2	464,9	3.754,1	2,9
UK	2.794,3	14.344,0	-3.803,6	126,5	13.461,1	2.716,3	16.177,5	12,5
<b>EU-27</b>	<b>14.871,2</b>	<b>98.160,2</b>	<b>-56,5</b>	<b>1,6</b>	<b>112.976,4</b>	<b>16.453,4</b>	<b>129.429,8</b>	<b>100,0</b>

Quelle: EK, Finanzbericht 2012

<sup>\*)</sup> Aus Gründen einer einfachen Darstellung ist die JI-Anpassung (Berücksichtigung der Nichtteilnahme von DK, IRL und UK an einigen Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres) in den BNE-Eigenmitteln enthalten.

<sup>\*\*)</sup> Beim UK-Rabatt, bei der Reduktion der BNE-Eigenmittel für NL und SE sowie bei der Anpassung aufgrund der Anwendung des EMB 2007 ergibt sich aufgrund von wechsellkursbedingten Differenzen kein Nullsaldo.

**Tabelle 2: EU-Beiträge und EU-Rückflüsse Österreichs 1995-2012**  
in Mio. €, zu laufenden Preisen

Finanzperiode	1995 - 1999										2000 - 2006					2007 - 2012				
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
<b>EIGENMITTEL</b>																				
MwSt. inkl. Berichtungen	1.106	947	1.036	864	776	818	762	554	512	248	326	385	409	389	271	287	306	327		
BNE inkl. Reserve u. Korr.	399	551	722	859	929	894	848	1.070	1.212	1.597	1.589	1.557	1.565	1.567	1.871	2.131	2.149	2.389		
UK-Rabatt inkl. Vorjahre	37	112	99	122	105	111	252	35	46	25	40	71	43	36	28	23	24	27		
BNE-Reduktion NL und Schweden (EMB 2007)															19	19	19	20		
Berichtigungen EMB 2007 (2007 und 2008)															-31					
JI-Anpassung															1	1	1	2		
<b>Nationaler Beitrag (absolut)<sup>1)</sup></b>	<b>1.541</b>	<b>1.610</b>	<b>1.856</b>	<b>1.844</b>	<b>1.809</b>	<b>1.824</b>	<b>1.862</b>	<b>1.658</b>	<b>1.769</b>	<b>1.871</b>	<b>1.956</b>	<b>2.014</b>	<b>2.017</b>	<b>1.993</b>	<b>2.159</b>	<b>2.460</b>	<b>2.499</b>	<b>2.765</b>		
<b>in BNE % Österreichs</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,9%</b>	<b>1,0%</b>	<b>1,0%</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,7%</b>	<b>0,7%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,9%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,9%</b>		
pro Kopf (in Euro); Quelle Eurostat	194	202	233	231	226	228	232	205	218	229	238	244	243	239	259	294	298	328		
Trad. Eigenmittel 75%	222	264	254	242	245	270	229	151	167	176	189	195	201	202	157	167	190	177		
<b>Gesamtbeitrag der Eigenmittelszahlungen<sup>2)</sup></b>	<b>1.763</b>	<b>1.874</b>	<b>2.110</b>	<b>2.086</b>	<b>2.054</b>	<b>2.094</b>	<b>2.091</b>	<b>1.809</b>	<b>1.936</b>	<b>2.047</b>	<b>2.144</b>	<b>2.209</b>	<b>2.218</b>	<b>2.195</b>	<b>2.316</b>	<b>2.627</b>	<b>2.689</b>	<b>2.942</b>		
Finanzierungsanteil Ö am EU-Budget (Nat. Beitrag)	2,9%	2,8%	3,0%	2,7%	2,6%	2,5%	2,8%	2,4%	2,4%	2,3%	2,3%	2,3%	2,2%	2,1%	2,3%	2,4%	2,4%	2,4%		

Finanzperiode	1995 - 1999										2000 - 2006					2007 - 2012				
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012		
<b>RÜCKFLÜSSE</b>																				
Landwirtschaft/ab 2007: R.2	88	1.214	861	843	844	1.019	1.053	1.092	1.128	1.145	1.237	1.275	1.130	1.218	1.308	1.351	1.312	1.290		
Strukturpol. Maßnahmen/ab 2007: R.1b	175	271	364	341	296	260	198	186	300	315	338	305	265	232	241	162	219	232		
Interne Politikbereiche/ab 2007: R.1a, R.3a, R.3b	54	59	78	94	84	103	126	262	129	141	191	229	184	284	248	287	326	315		
Erstattungen gem. österr. Beitrittsvertrag	583	106	71	35								22								
Verwaltung	3	11	12	16	16	17	18	20	20	20	20	22	20	44	20	21	19	19		
<b>Rückflüsse<sup>3)</sup></b>	<b>902</b>	<b>1.661</b>	<b>1.387</b>	<b>1.330</b>	<b>1.241</b>	<b>1.398</b>	<b>1.394</b>	<b>1.560</b>	<b>1.577</b>	<b>1.621</b>	<b>1.786</b>	<b>1.830</b>	<b>1.598</b>	<b>1.777</b>	<b>1.816</b>	<b>1.822</b>	<b>1.876</b>	<b>1.856</b>		
<b>Rückflüsse in % des Nationalen Beitrags</b>	<b>59%</b>	<b>103%</b>	<b>75%</b>	<b>72%</b>	<b>69%</b>	<b>77%</b>	<b>75%</b>	<b>94%</b>	<b>89%</b>	<b>87%</b>	<b>91%</b>	<b>91%</b>	<b>79%</b>	<b>89%</b>	<b>84%</b>	<b>74%</b>	<b>75%</b>	<b>67%</b>		
<b>MITTELWERTE je Finanzperiode</b>	<b>75%</b>										<b>86%</b>					<b>78%</b>				
<b>NETTOPOSITION</b>																				
Nettoposition in Mio. Euro	-788	-265	-798	-634	-635	-436	-542	-213	-331	-365	-278	-302	-563	-356	-402	-677	-805	-1.073		
Nettoposition pro Kopf in Euro	-99	-33	-100	-79	-79	-54	-67	-26	-41	-45	-34	-36	-68	-43	-48	-81	-96	-127		
Nettoposition in BNE %	-0,44%	-0,15%	-0,44%	-0,34%	-0,33%	-0,21%	-0,26%	-0,10%	-0,15%	-0,16%	0,11%	-0,12%	-0,21%	-0,13%	-0,15%	-0,24%	-0,27%	-0,35%		
<b>MITTELWERTE je Finanzperiode</b>			<b>-624</b>						<b>-352</b>						<b>-646</b>					
			-0,34%						-0,16%						-0,23%					

Quelle: EK, Finanzbericht 2012; BMF-Berechnungen

<sup>1)</sup> Nationaler Beitrag 1995-2008 = MwSt. inkl. Berichtungen, BNE inkl. Reserve u. Korr., UK-Rabatt inkl. Vorjahre. Ab dem Jahr 2009 zusätzlich inkl. BNE-Reduktion NL und S, Berichtigungen EMB 2007 und JI-Anpassung (Berücksichtigung der Nichtteilnahme von DK, IRL und UK an einigen Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres).

<sup>2)</sup> Gesamtbetrag der Eigenmittelzahlungen = Nationaler Beitrag + Traditionelle Eigenmittel 75%

<sup>3)</sup> Rückflüsse = R.2 + R.1b + R.1a, R.3a, R.3b + Erstattungen + Verwaltung

**Tabelle 3: Aufteilung der EU-27 Ausgaben 2012 nach Rubriken und Mitgliedstaaten**  
in Mio. €, zu laufenden Preisen

	R.1a Wettbewerbs- fähigkeit	R.1b Kohäsion	R.2 natürliche Ressourcen	R.3a Freiheit, Sicher- heit und Recht	R.3b Unions- bürgerschaft	R.4 die EU als globaler Akteur	R.5 Verwaltung	Ausgaben insgesamt	Ausgaben insgesamt %
BE	998,2	418,2	751,8	75,4	96,7	0,0	4.628,8	6.969,1	5,5
BG	88,6	848,6	746,8	10,3	5,3	20,6	12,3	1.732,5	1,4
CZ	65,6	3.240,9	1.197,9	3,4	5,9	0,3	15,5	4.529,4	3,6
DK	222,1	69,1	1.084,6	2,2	12,7	0,0	50,1	1.440,7	1,1
DE	1.576,8	3.596,0	6.802,2	42,9	46,8	0,0	180,5	12.245,2	9,7
EE	20,7	683,3	235,8	3,9	2,7	0,4	7,3	954,2	0,8
IE	185,7	120,6	1.653,5	4,3	7,1	0,0	42,1	2.013,2	1,6
EL	229,9	3.218,1	2.813,2	46,2	7,1	0,0	38,3	6.352,9	5,0
ES	1.003,7	6.351,3	6.722,1	45,6	45,3	0,0	89,3	14.257,2	11,3
FR	1.446,6	1.572,3	9.350,9	82,4	86,7	0,0	351,4	12.890,3	10,2
IT	878,0	2.854,1	6.069,1	91,9	815,6	0,0	248,2	10.956,9	8,7
CY	21,2	42,6	74,3	7,2	3,2	0,0	6,1	154,5	0,1
LV	29,0	765,4	367,1	6,3	3,1	0,5	8,1	1.179,5	0,9
LT	154,3	1.072,6	576,1	13,9	3,6	2,4	9,7	1.832,6	1,5
LU	124,6	19,9	41,4	3,0	10,1	0,0	1.331,1	1.530,2	1,2
HU	142,0	2.377,7	1.605,4	12,9	10,5	7,3	21,4	4.177,1	3,3
MT	7,5	85,4	16,1	22,4	2,4	0,0	7,4	141,2	0,1
NL	600,6	225,0	1.045,8	135,1	21,4	0,0	95,7	2.123,6	1,7
AT	270,0	232,0	1.289,5	33,6	11,8	0,0	19,0	1.856,0	1,5
PL	163,5	10.517,5	4.918,4	88,8	17,4	2,0	28,2	15.735,8	12,5
PT	171,8	5.077,3	1.480,3	20,6	9,5	0,0	29,3	6.788,9	5,4
RO	58,7	1.163,7	2.131,5	14,5	9,9	49,1	18,2	3.445,5	2,7
SL	66,0	586,0	252,3	7,1	9,1	2,7	8,6	931,8	0,7
SK	70,4	1.575,7	618,0	5,3	7,3	0,5	9,7	2.286,8	1,8
FI	160,2	247,8	872,5	13,1	7,6	0,0	22,9	1.324,1	1,0
SE	270,2	162,4	1.022,0	12,3	69,8	0,0	29,2	1.566,0	1,2
UK	1.268,9	1.280,4	4.182,6	38,6	31,3	0,0	132,0	6.933,9	5,5
<b>EU-27</b>	<b>10.294,5</b>	<b>48.403,8</b>	<b>57.921,3</b>	<b>843,6</b>	<b>1.359,7</b>	<b>85,8</b>	<b>7.440,5</b>	<b>126.349,3</b>	<b>100,0</b>
Kroatien	12,8	0,1	0,0	0,0	3,3	85,8	1,5	103,6	
Drittländer	865,8	2,9	102,6	7,1	31,0	4.951,2	175,0	6.135,6	
Sonstige	1.028,8	79,6	9,1	5,0	2,4	1.650,1	488,2	3.263,1	
Zweckgebunden	892,3	4,0	1.063,1	61,4	61,2	290,7	459,2	2.831,9	
<b>Insgesamt</b>	<b>13.094,4</b>	<b>48.490,4</b>	<b>59.096,2</b>	<b>917,0</b>	<b>1.457,5</b>	<b>7.063,6</b>	<b>8.564,4</b>	<b>138.683,4</b>	

Quelle: EK, Finanzbericht 2012

**Tabelle 4: Nettopositionen der EU-27 Mitgliedstaaten 2000-2012 (operative Haushaltssalden)**  
in Mio. €, zu laufenden Preisen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
BE	-323,2	-745,2	-517,7	-779,7	-536,1	-607,5	-709,9	-868,2	-720,6	-1.663,9	-1.466,4	-1.369,6	-1.493,7
BG								335,1	669,6	624,2	895,5	725,4	1.329,7
CZ					272,2	178,0	386,2	656,7	1.178,0	1.702,5	2.079,3	1.455,2	3.045,2
DK	239,6	-223,1	-169,1	-220,0	-224,6	-265,3	-505,2	-604,4	-543,2	-969,5	-615,3	-836,6	-1.126,0
DE	-8.232,4	-6.971,5	-4.954,0	-7.605,4	-7.140,4	-6.064,3	-6.325,2	-7.415,2	-8.774,3	-6.357,5	-9.223,6	-9.002,5	-11.953,8
EE					145,0	154,3	176,4	226,2	227,4	573,0	672,7	350,4	785,3
IE	4.380,6	4.503,6	3.375,7	3.358,3	4.163,3	3.900,5	5.102,3	662,1	566,1	-47,5	803,9	383,8	670,6
EL	5.263,6	7.661,2	8.859,4	8.704,9	8.502,3	6.017,8	3.811,7	5.437,2	6.279,7	3.121,0	3.597,4	4.622,6	4.544,9
ES	-676,6	-2.043,4	-2.218,4	-1.976,1	-3.050,7	-2.883,5	-3.012,5	3.651,8	2.813,2	1.181,7	4.100,9	2.995,0	3.999,0
FR	1.719,5	1.198,3	1.574,1	1.559,0	1.593,8	1.136,6	1.080,5	-2.997,3	-3.842,7	-5.872,7	-5.534,8	-6.405,8	-8.297,5
IT	1.231,2	-2.030,9	-2.917,1	-849,8	-2.946,9	-2.199,0	-1.731,8	-2.013,5	-4.101,4	-5.058,5	-4.534,0	-5.933,0	-5.058,1
CY					63,5	90,3	102,4	-10,5	-17,7	-2,3	10,6	6,9	-25,2
LV					197,7	263,9	255,5	488,8	407,0	501,5	674,2	731,3	955,9
LT					369,3	476,4	585,3	793,2	842,6	1.493,3	1.358,4	1.368,0	1.514,0
LU	-54,6	-140,0	-48,1	-57,2	-93,6	-86,8	-60,2	-139,8	-22,1	-100,2	-41,9	-75,0	-79,5
HU					193,4	590,1	1.115,0	1.605,9	1.111,7	2.719,4	2.748,4	4.418,3	3.280,4
MT					45,0	90,0	101,0	28,1	30,0	8,6	52,9	67,0	71,4
NL	-1.543,9	-2.259,9	-2.171,3	-1.942,2	-2.034,9	-2.636,6	-2.587,6	-2.864,3	-2.678,2	117,7	-1.833,1	-2.214,0	-2.364,5
AT	-435,5	-542,4	-212,6	-330,9	-365,1	-277,9	-301,5	-563,2	-356,4	-402,1	-677,0	-805,1	-1.073,3
PL					1.438,3	1.853,2	2.997,6	5.136,4	4.441,7	6.337,1	8.427,5	10.975,1	11.997,2
PT	2.128,2	1.773,8	2.682,7	3.476,3	3.124,0	2.378,0	2.291,7	2.474,4	2.695,1	2.150,7	2.622,6	2.983,7	5.027,2
RO								595,8	1.581,0	1.692,5	1.245,2	1.451,5	2.031,6
SL					109,7	101,5	142,8	88,6	113,8	241,9	424,1	490,1	572,2
SK					169,2	270,9	323,2	617,8	725,6	542,1	1.349,6	1.160,6	1.597,0
FI	275,9	-153,0	-4,9	-26,7	-69,6	-84,8	-241,0	-171,6	-318,5	-544,2	-300,2	-652,1	-658,8
SE	-1.058,7	-982,9	-750,4	-945,6	-1.059,8	-866,9	-856,6	-994,8	-1.463,1	-85,6	-1.211,4	-1.325,4	-1.925,1
UK	-2.913,7	955,4	-2.528,4	-2.364,9	-2.864,9	-1.529,0	-2.140,2	-4.155,3	-844,3	-1.903,3	-5.625,9	-5.565,6	-7.366,1

Quelle: EK, Finanzbericht 2012

Anmerkung:

Die starken Schwankungen im Saldo des Vereinigten Königreichs (siehe etwa positiver UK-Saldo 2001) ergeben sich insbesondere aus der starken Abhängigkeit der Höhe des UK-Rabatts von der Mehrwertsteuer-Basis. Diese ist eine Schätzgröße, für die es bis zu fünf Jahre im Nachhinein zu Anpassungen auf Grund von Abweichungen vom tatsächlichen Mehrwertsteueraufkommens kommen kann.

**Tabelle 5: Nettopositionen der EU-27 Mitgliedstaaten 2000-2012 (operative Haushaltssalden)**  
in BNE %

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
BE	-0,13	-0,28	-0,19	-0,28	-0,18	-0,20	-0,22	-0,26	-0,21	-0,49	-0,40	-0,37	-0,39
BG								1,17	1,98	1,83	2,53	1,95	3,43
CZ					0,31	0,18	0,34	0,54	0,80	1,28	1,50	1,00	2,14
DK	0,14	-0,13	-0,09	-0,12	-0,11	-0,13	-0,23	-0,26	-0,23	-0,43	-0,25	-0,34	-0,45
DE	-0,41	-0,34	-0,24	-0,36	-0,32	-0,27	-0,27	-0,30	-0,35	-0,26	-0,36	-0,34	-0,44
EE					1,57	1,43	1,39	1,51	1,47	4,30	4,97	2,32	4,84
IE	3,19	3,08	2,17	1,97	2,28	2,05	2,50	0,41	0,37	-0,04	0,61	0,30	0,50
EL	0,84	1,14	1,23	1,12	1,02	0,67	0,39	2,51	2,78	1,38	1,67	2,28	2,33
ES	-0,05	-0,13	-0,14	-0,12	-0,18	-0,17	-0,16	0,36	0,27	0,11	0,40	0,29	0,39
FR	1,88	1,20	1,45	1,29	1,24	0,81	0,69	-0,16	-0,20	-0,31	-0,28	-0,31	-0,40
IT	0,10	-0,16	-0,23	-0,06	-0,21	-0,15	-0,12	-0,13	-0,26	-0,33	-0,29	-0,38	-0,33
CY					0,53	0,69	0,73	-0,07	-0,10	-0,01	0,06	0,04	-0,15
LV					1,81	2,07	1,65	2,40	1,80	2,52	3,66	3,60	4,29
LT					2,06	2,31	2,48	2,87	2,68	5,51	5,02	4,61	4,82
LU	-0,28	-0,70	-0,24	-0,29	-0,39	-0,33	-0,23	-0,46	-0,07	-0,42	-0,15	-0,24	-0,25
HU					0,25	0,70	1,32	1,74	1,13	3,11	2,99	4,66	3,59
MT					0,98	1,91	2,01	0,52	0,52	0,16	0,90	1,09	1,14
NL	-0,36	-0,50	-0,46	-0,40	-0,40	-0,51	-0,47	-0,49	-0,46	0,02	-0,32	-0,36	-0,39
AT	-0,21	-0,26	-0,10	-0,15	-0,16	-0,11	-0,12	-0,21	-0,13	-0,15	-0,24	-0,27	-0,35
PL					0,72	0,77	1,13	1,71	1,25	2,11	2,47	3,09	3,30
PT	1,71	1,35	1,94	2,45	2,11	1,56	1,47	1,51	1,63	1,33	1,57	1,81	3,12
RO								0,50	1,16	1,45	1,01	1,12	1,56
SL					0,41	0,36	0,47	0,26	0,31	0,69	1,21	1,37	1,63
SK					0,52	0,72	0,75	1,16	1,15	0,87	2,08	1,72	2,28
FI	0,21	-0,11	0,00	-0,02	-0,05	-0,05	-0,14	-0,10	-0,17	-0,31	-0,17	-0,34	-0,34
SE	-0,40	-0,39	-0,28	-0,33	-0,36	-0,29	-0,27	-0,29	-0,42	-0,03	-0,34	-0,33	-0,46
UK	-0,18	0,06	-0,15	-0,14	-0,16	-0,08	-0,11	-0,20	-0,05	-0,12	-0,33	-0,31	-0,39

Quelle: EK, Finanzbericht 2012

Anmerkung:

Die starken Schwankungen im Saldo des Vereinigten Königreichs (siehe etwa positiver UK-Saldo 2001) ergeben sich insbesondere aus der starken Abhängigkeit der Höhe des UK-Rabatts von der Mehrwertsteuer-Basis. Diese ist eine Schätzgröße, für die es bis zu fünf Jahre im Nachhinein zu Anpassungen auf Grund von Abweichungen vom tatsächlichen Mehrwertsteueraufkommen kommen kann.

Die Nettopositionen als Prozentsatz des BNE werden auf der Grundlage der von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen im Frühjahr 2012 veröffentlichten BNE-Daten berechnet.

## 8. Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
BH	Berichtigungshaushalt
BHG 2013	Bundeshaushaltsgesetz 2013
BNE	Bruttonationaleinkommen
ECOFIN	Rat der Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten
EFF	Europäischer Fischereifonds
EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
EK	Europäische Kommission
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EMB	Eigenmittelbeschluss
EP	Europäisches Parlament
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
EuRH	Europäischer Rechnungshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
IIV	Interinstitutionelle Vereinbarung
ITER	International Thermonuclear Experimental Reactor
JI	Justiz und Inneres
KMU	Kleine und mittelständische Unternehmen
LEADER	Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rural (Förderprogramm)
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen
OLAF	Office européen de lutte antifraude (EU-Betrugsbekämpfungsbüro)
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
TEM	Traditionelle Eigenmittel
VE	Verpflichtungsermächtigungen
VO	Verordnung (EU-Recht)
ZE	Zahlungsermächtigungen